

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 48
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die stehengepostete Zeitspalte oder deren Raum 70 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., unregelmäßige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Donnerstag, den 27. November 1919.

26. Jahrg.

Nationale Politik.

Das Unternehmen im Baltikum steht vor seinem traurigen Ende. Von der Heimat abgeschnitten, von gewaltiger Uebermacht bedrängt, werden die ehemals deutschen Truppen aufgegeben. Man gönnte ihnen keinen freien Abzug. Der Rückzug wird zur Katastrophe.

Vergeblich hat die Regierung, vergeblich hatte die ganze linksstehende Presse vor dem Wahnsinnunternehmen gewarnt. Die deutschnationalen Blätter beharrten darauf, daß es „nationale“ Politik wäre, im Baltikum an der Aufrichterhaltung des Einflusses der dortigen Deutschen und am Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mitzuwirken. Sie schalten die Regierung feige und verräterisch, weil sie den Truppen bringend den Rückzug befahl und ihnen für den Fall der Gehorsamsverweigerung mit schweren Strafen drohte. Regierung und Linksparteien haben eben in den Augen der Deutschnationalen kein Verständnis für nationale Interessen und nationale Politik.

Die Deutschnationalen haben nun aus dem Verlauf des Krieges nicht das Mindeste gelernt. Sie glauben noch immer, nationale Politik bestehe darin, daß man sich blindwütig für das einsetzt, was man als Interesse des eigenen Volkes erkannt zu haben glaubt. Aber selbst wenn man das Interesse des Volkes richtig beurteilt hat, ist das nur national und keine Politik. Denn Politik ist die Kunst des Möglichen und Unternehmungen, deren Scheitern jeder Vernünftige voraussehen kann, die mit einem schweren Rückschlag enden müssen, sind darum das Gegenteil von nationaler Politik.

In völligem Widerspruch zu einer vernünftigen Wahrnehmung der deutschen Interessen stand der verschärfte U-Boot-Krieg. Nicht darauf kam es an, ob die englische Hungerblockade uns ein moralisches Recht zur Anwendung dieser Waffe gab, und ob die Parteilichkeit Merikas uns den Wunsch nahe legen mußte, Frieden ohne seine Einmischung zu schließen. Entscheidend war vielmehr, ob der verschärfte U-Boot-Krieg zum Sieg führen konnte, und vielleicht hätte er das getan, wenn Deutschland zehnmal mehr U-Boote besessen hätte, als es wirklich besaß. So aber wurde diese nationale Parole der sicherste Weg zu Deutschlands Untergang.

Ebenso verhängnisvoll war das baltische Abenteuer, das Deutschland mit der Wiederverhängung der Blockade und jetzt mit dem Tode von Tausenden junger deutscher Leute büßen muß. Man braucht gar nicht darüber zu streiten, ob es grundsätzlich berechtigt war, Siedlungsland für deutsche Soldaten in Rußland zu suchen. Worauf es nach der Niederlage und dem Frieden von Versailles ankam, das war auch hier lediglich die Tatsache, daß Deutschland keinerlei Wachtmittel mehr besaß, um irgendeinen Anspruch deutscher Staatsbürger durchzusetzen, daß der Fehlschlag des Unternehmens mit mathematischer Sicherheit vorherberechnet werden konnte.

Und drittens gehört in das gleiche Kapitel die Vernichtung der Flotte in Scapa Flow. Wieder mag man ganz nach dem persönlichen Geschmack diese Selbstvernichtung des Restes der deutschen Schiffe als eine heroische Tat bewundern, oder als eine törichte Eitelkeit verdammen, in jedem Fall muß man von vornherein wissen, daß Deutschland dafür Nachschüsse bekommen würde. Es war vielleicht nicht sehr klug, nachdem die Versenkung einmal erfolgt war, diese Erkenntnis in die Welt hinauszubringen, aber daß es tatsächlich so kommen würde, war nach Lage der Dinge leider nur allzu wahrscheinlich.

Wann endlich werden die Deutschnationalen lernen, daß ihre Politik der großen Geste und des großen M—undes Deutschland nur immer tiefer ins Unglück hineinreißt! Es ist natürlich sehr leicht, sich damit als den großen Patrioten aufzuspielen; aber endlich einmal wird doch das deutsche Volk durchschauen, wer sich um sein Wohlergehen ernsthaft sorgt. Nationale Politik während des Krieges hat nur die Sozialdemokratie getrieben, als sie, um uns die Niederlage zu ersparen, das Bekenntnis zur Landesverteidigung mit dem ungesunden Drängen auf möglichst raschen Frieden und grundlegende demokratische Reform verband. Nationale Politik im edelsten Sinne des Wortes treiben unsere Genossen im Rheinland, in der Pfalz und im ganzen besetzten Gebiet, in denen sie unerhörten den feindlichen Militärs ins Gesicht sagen: wir sind Deutsche und unser einziges Ziel ist, Deutsche zu bleiben. Für Deutschland hat die Sozialdemokratie Oberstleutnant die Verantwortung für den Belagerungszustand auf sich genommen.

So geben wir überall Proben, wie man richtige nationale Politik treibt. Nationalismus und Chauvinismus können in wilder Politik mit donnernden Phrasen betrieben werden — nationale Politik ist nur möglich auf dem Boden der Vernunft.

Die Ziele der Reaktion.

Angesichts des unerwarteten Schoß, das die reaktionären Demonstrationen und Provokationen gegen den Untersuchungsausschuß in den Arbeitermassen ausgelöst haben, kommt die rechtsstehende Presse wieder auf ihre alte Taktik zurück. Sie verfährt in Biedermannsmantel, daß niemand in Deutschland an Reaktion denke. Aber die Lügenhaftigkeit, die in diesen heuchlerischen Versicherungen steckt, läßt sich nicht ganz verbergen und tritt mitten zwischen den beruhigenden Redensarten immer wieder an die Oberfläche. So kann sich der Berliner „Lokalanzeiger“, der während des Krieges ein Hauptorgan der Schwarzindustrie wurde und jetzt eins der übelsten altschwarzen Hehrgänge darstellt, in einem Artikel, der das Befehlen einer Reaktion trumpschlag leugnet, folgende Sätze nicht verjagen:

Rühmen sich die Maßgebenden von heute, in Weimar die freieste aller Verfassungen zur Welt gebracht zu haben, so konnte sich auch die Reichsverfassung von 1871 schon unter den modernen Vorkern durchaus sehen lassen; wir haben uns ihrer wahrlich niemals zu schämen gehabt. Wer früher, auf ihrem Boden stehend, in „reaktionären“ Sinne tätig war, dessen Anstrengungen waren lediglich darauf gerichtet, das Gleichgewicht zwischen Regierung und Volksgewalt in diesem oder jenem Punkte zu verschieben, ein Beginnen, das ganz und gar nicht zur Unterdrückung des Volkswillens zu führen brauchte. Wer dagegen, auf dem Boden der heutigen Verfassung stehend, für die „Reaktion“ eintritt, für den handelt es sich darum, auf Grund der bösen Erfahrungen, die wir schon jetzt mit der völligen Unterordnung der Regierung unter die Volksmacht gemacht haben, einen vernunftgemäßen der Dinge herbeizuführen. Der reine, völlig unbefangene Parlamentarismus, wie er jetzt in Deutschland aufgerichtet ist, kann lediglich den radikalsten Parteiführern zur Verächtlichmachung dienen, weil damit ihre wichtigste Programmforderung in Erfüllung gegangen ist.

In diesen Worten liegt ein unbestimmtes Bekenntnis zur Rückwärtsentwicklung, der Verfassung. Die von „Lokalanzeiger“, so hoch gepriesene Verfassung von 1871 bedeutete die Aufrechterhaltung des Obrigkeitssystems mit bescheidenen konstitutionellen Verzerrungen. Das Wesen dieser Verfassung bestand darin, daß die Volksvertretung gar keine Mitwirkung bei Einsetzung oder Absetzung der Regierung hatte, deren Bestand allein auf „allerhöchstem Willen“ beruhte. Lediglich bei der Abfassung der Gesetze hatte die Volksvertretung ein bescheidenes Mitbestimmungsrecht, wobei sie aber in positivem Sinne nichts gegen die Regierung durchsetzen konnte, da alle Reichstagsbeschlüsse, falls sie der Regierung nicht passten, vom Bundesrat in den Papierkorb versenkt wurden, was sehr häufig geschah. Die Stellung des Reichstages war in jeder Beziehung untergeordnet. Er hatte kein Budgetrecht. Er hatte nicht das Recht, sich aus eigenem Antrieb zu ver sammeln usw. In diesen Zustand der Rechtlosigkeit der Volksvertretung will die Reaktion nach eigenem Einverständnis wieder zurückzuführen, — und da bestreitet sie noch ihr Vorhandensein.

Deutsche Nationalversammlung.

119. Sitzung.

Berlin, 26. November, 1 Uhr nachmittags.

Am Regierungstisch: Schmidt.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 1½ Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation des Zentrums:

Unsere deutsche landwirtschaftliche Produktion sinkt beständig. Die Gefahr des Übergangs zur extensiven Wirtschaft wächst zum Schaden unserer gesamten Volkswirtschaft und besonders zum Schaden unserer Volksernährung. Was gebietet die Reichsregierung zur Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu tun?

Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärt sich bereit, diese Interpellation sofort zu beantworten. Ebenso ist er bereit, die Interpellation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, betreffend die der Ernährung der Bevölkerung durch die Witterungsverhältnisse der letzten Woche drohenden Gefahren, schon heute zu beantworten.

Es wird auf Vorschlag des Präsidenten beschlossen, die Beratung dergestalt zu verbinden, daß zunächst die beiden Interpellationen, und zwar zuerst die

Interpellation Arnstadt-Heinke begründet werden, wobei der Begründer der Interpellation des Zentrums sich zugleich auch für den Antrag der Zentrumspartei (Abg. Blum und Genossen) äußern wird, der von der Regierung Vorkerkungen verlangt, um die Schäden zu mildern und auszugleichen, die der scharfe und vorzeitige Frost den Hackfrüchten (Kartoffeln, Zuckerrüben, Weizen usw.) zugefügt hat.

Dr. Saarni (DVP): Bei dieser Wirtschaftspolitik treiben wir einer Katastrophe entgegen. Die Hauptschuld liegt in der

Art der von der Regierung geführten Zwangswirtschaft; es kommt allmählich zu einem Versagen der Produktion. Die Produktion muß gesteigert werden. Die vollständige Beschlagnahme der Gerste muß aufgehoben werden. Die Ablieferung des dritten Teiles der Ernte muß genügen. Der Rest muß dem Landwirt für den eigenen Betrieb verbleiben. Die Zwangswirtschaft bei der Zuckerrübenproduktion muß fallen. Die Schweinezucht muß gehoben werden. Die Landwirtschaft ist bereit, die Regierung zu unterstützen; ermahnt von ihr aber auch Erfüllung ihrer Forderungen, sonst muß sie die Verantwortung für den Zusammenbruch unserer Volksernährung ablehnen. Wenn deutscher Hafer an der Pariser Börse gehandelt wird, so trifft vor allem diejenigen die Schuld, die diesem Uebel nicht zu begegnen verstehen. Auch in der Arbeiterfrage handelt die Regierung gegen die Interessen der Landwirtschaft. Unsere Volkswirtschaft kann nur wieder hoch kommen zugunsten eines anderen Systems, das uns das deutsche Volk ernähren hilft.

Zur Begründung der Interpellation des Zentrums und des Antrages Blum nimmt das Wort

Herold (Z.): Den Vorschlägen Arnstadt und Genossen stimmen wir zu. Ohne wesentliche Steigerung der inländischen Produktion geht unser Volk dem sicheren Ruin entgegen. Die Steigerung der Löhne muß endlich einmal aufgehoben werden. Die Bewirtschaftung der noch aufrechterhalten bleiben. Die Regierung muß für die Landwirte das nötige Quantum Saatkartoffeln reservieren. Es muß unbedingt an Kartoffeln gespart werden und das unzulässige Verfüttern unterbleiben.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Wir hatten Schwierigkeiten insofern, als die Ernte außerordentlich spät eingebracht wurde und die Arbeitskräfte, besonders in den großen Betrieben, fehlten. Die Kartoffelbestände kamen zum Teil in die Gefahr des Verrotzens. Ein guter Teil der noch ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern, aber auch teilweise in Ost- und Westpreußen, wird hoffentlich für die menschliche Ernährung noch zu retten sein da die Schneedecke das Erntieren verhindert. Unsere volle Aufmerksamkeit wird nach wie vor auf die Hebung des Güterverkehrs zu richten sein. Den Zuckerpreis werden wir weiter erhöhen müssen, damit Anreiz gegeben wird, die vorkhandelteten Rüben in Zucker zu verarbeiten zu lassen und nicht etwa zu verfüttern. Zur Margarinebereitung sind Rohstoffe vorhanden, aber es fehlt auch hierfür leider an Kohle. Für die Bevölkerung sind mindestens 100 Gramm Fett in der Woche notwendig. Die Streikandrohung der Landwirte nehme ich nicht so ernst. Ich kann mir nicht denken, daß die Landwirte zur Tat übergehen und unsere ganze Volksernährung bedrohen werden. Sollte es hart auf hart kommen, so werden wir natürlich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen wissen. In leichfertiger Weise wird Brotgetreide immer noch verfüttert. Ich bin geneigt, mit auferordentlichem Schärfe und allen Mitteln dagegen vorzugehen. Wir sind jetzt dabei, den Beschluß der Nationalversammlung auszuführen, wonach aus den Häuteerträgen sechs Zehntel der Landwirtschaft zugute kommen soll. Der Anreiz, an den Schleißhanedl abzugeben, ist leider so groß, daß unsere ganze Viehwirtschaft über den Haufen gemorren wird. Die Kontrolle hat so nachgelassen, daß eine einwandfreie Wirtschaft nicht mehr möglich ist. Auch hiergegen wird mit aller Schärfe vorgegangen werden. Bei der Gerste werden Versuche gemacht, ob es möglich ist, einen Teil zwangsweise zu erfassen und einen anderen Teil freizulassen. Die Annahme, daß die Landwirte genügend abliefern würden, wenn ihnen gesagt wird, daß sie, falls ein gewisser Teil der Verpflichtung erfüllt worden ist, den übrigen Teil frei verwenden können, trifft leider nicht zu. Wir haben tatsächlich eine sehr große Verzögerung bei der Ablieferung zu bemerken, beim jetzigen Haferpreis von 80 Mk. pro Zentner. Da muß erzwungen werden, ob beim nächsten Bewirtschaftungsplan diese Freilassung des Hafers beibehalten werden kann. (Hört, hört!) Bei der Kartoffelbewirtschaftung besteht die Absicht, durch Vorforderungen an einen Anreiz für die Ablieferung einzuführen. Bei Ablieferung von 50 Proz. des Lieferungs-Soll soll eine Prämie von 2 Mark 50 Pfg. bezahlt werden, die sich bis 5 Mark erhöht bei 100 Proz. des Lieferungs-Soll. Ich hoffe, daß wir auf diese Weise zu schnelleren und größeren Ablieferungen kommen. Die Notlage erfordert keine Einführung. Beim Getreide wird das feste System geplant. Wir müssen das Festzins, das durch den Ausfall von Kartoffeln in der Volksernährung eintritt, durch Nachzulage wettmachen. Andererseits wollen wir die Aufkaufsmengen aus dem Auslande möglichst niedrig halten. Die Prämien sollen durch eine Erhöhung des Brotpreises eingebracht werden, und zwar wird diese Erhöhung für 4½ Pfund 60 Pfg. ausmachen. Dem Bunde des Abgeordneten Semmler, die Zwangswirtschaft rektlos aufzuheben, kann ich nicht nachkommen. Der Landwirtschaft sind Preise gegeben, mit denen sie sehr wohl auskommen kann. Wenn Dr. Semmler sich eine Wiederholung des 9. November 1918 verbittet, so wird ihm das nichts nützen. Der zweite 9. November der Volkswirtschaft kommt, wenn die großen Ernährungsschwierigkeiten anhalten. Was die Interpellation des Abgeordneten Trimborn und Genossen betrifft, die landwirtschaftliche Erzeugung zu fördern und zu steigern, so würden die Dinge nicht früher dargestellt, als sie sind. Die landwirtschaftliche Produktion ist schließlich auch eine Arbeiterfrage. Die Lösung der Landarbeiterfrage wird große Schwierigkeiten bieten. Während sich die Landarbeiter früher mit geringen Löhnen und schlechten Wohnungen auf den großen Gütern begnügten, verlangen sie jetzt höhere Löhne und bessere Wohnungen. Die Landwirte wollen aber keine hohen Löhne zahlen, und das Bauern

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

jährlich

Hauptgewinne

10 mal 1.000.000 Mark

Erste Gewinnziehung im März 1920

Es jetzt sehr teuer. Es rächt sich jetzt, was die Landwirte früher versäumt haben. In den schlechten Wintermonaten auf dem Lande trägt die frühere Regierung die Schuld. (Widerpruch und Zurufe rechts.) Die Landflucht ist laug in erster Linie eine Folge der schlechten Wohnungen auf dem Lande. Ich hoffe, daß durch das Siedlungsgesetz eine bessere Art der sozialen Fürsorge auf dem Lande erreicht werden wird. Die jetzige Regierung hat jedenfalls alles nur irgendwie mögliche getan, der Landflucht entgegenzuwirken. Wir werden auch künftig bemüht bleiben, unserer Landwirtschaft durch Einführung größerer Mengen ausländischer Bedarfsartikel entgegenzukommen. Die ländlichen Bewohner haben noch nichts von dem Hungerelend der städtischen Bevölkerung verspürt. Die städtische Bevölkerung muß mit 1 1/2 Pfund Brot, 100 Gramm Fleisch, mit 2 Pfund Kartoffeln, mit wenig Fett, Milch kommt überhaupt nicht in Frage, auskommen. Das infolge der schlechten Ernährung eine gewisse Erregung in der breiten Masse sich geltend macht, ist doch nur erklärlich. Der Vorschlag des Herrn Dr. Semmler, die freie Wirtschaft einzuführen, würde nur dazu führen, daß der Kaufsträufel die Vorteile davon hat, während der arme Mann den Nachteil hätte. Infolge des niedrigen Viehpreises ist eine vegetarische Ernährung des Volkes geboten. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Genussmitteln ist infolge der hohen Kosten in nur beschränktem Maße möglich. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als weitere Entschärfungen auf uns zu nehmen. Wenn wir die freie Wirtschaft einführen würden, läge die Gefahr von schweren Erschütterungen vor. Es gehören im übrigen Jahre dazu, um unsere Produktion wieder in die Höhe zu bringen. Die Hauptfrage ist die, ob die Lebensmittel zur Ernährung unserer Bevölkerung noch langen oder nicht. Wir stellen nur solche Anforderungen an die Landwirtschaft, die von der Not geboten sind, und diese müssen erfüllt werden, sonst geht unser ganzes Wirtschaftsleben außer Rand und Band. Mit den fortwährenden Preissteigerungen für die Erzeugnisse erreichen wir nichts, denn dann wird alles in gleichem Umfange teurer. Wir können nicht eine Politik treiben, die den wirtschaftlichen Aufbau unmöglich macht. Deshalb muß ich die Zwangswirtschaft beibehalten und kann ihren Abbau nur in ganz beschränktem Umfange in Aussicht stellen. (Beifall links.)

Es folgt die Besprechung der förmlichen Anfrage.
Wachhorst d. Wente (DVP): Die Landwirtschaft geht einer ernstlichen Gefahr entgegen, wenn nicht bald ein Abbau der Zwangswirtschaft erfolgt. Die Tatsache, daß der Minister gezwungen ist, alle paar Monate die Preise zu erhöhen, zeigt, daß wir der Aufhebung der Zwangswirtschaft zuzustimmen, und da wäre es doch besser, müßte den Konsequenzen ins Auge zu schauen. Wenn wir aus der augenblicklichen Not der Landwirtschaft herauskommen wollen, müssen wir die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie Erwerbslosen, die sich weigern, aufs Land zu gehen, die Unterstützung entzieht.

Hrau Ledahl (SD): Wenn städtische Arbeiter sich weigern, hinauszuweichen, so liegt das lediglich daran, weil sie sich die Behandlung auf dem Lande nicht gefallen lassen wollen. Den Landwirten sollten Betriebsstätte nur angenehm sein, denn dann können sie den Arbeitern beweisen, daß ihre Preisforderungen berechtigt sind. Um Nahrungsmittel nicht aus dem Auslande beziehen zu müssen, ist intensive Wirtschaft notwendig. Jede Freigabe der Bewirtschaftung wäre ein Mißgriff. Die Zwangswirtschaft kann nur langsam abgebaut werden, um einem Abbau des Genossenschaftswesens Platz zu machen. Eine engere Verbindung zwischen Stadt und Land muß durch das Genossenschaftswesen hergestellt werden. Die Regierung muß scharfe Maßnahmen ergreifen, damit mehr Milch in die Städte kommt, sonst haben wir keinen Nachwuchs mehr.

Dusche (DVP): Ein schrittweiser Abbau der Zwangswirtschaft muß unbedingt erfolgen. Den Antrag Trimborn beantwortete ich dadurch, daß wir das Betriebsrätegesetz ablehnen. Durch seine Annahme würde nur eine erneute politische Revolution eintreten, und der Terror der Straße immer weiter um sich greifen.
Donnerstag 1 Uhr, Reichstagsabendenordnung, förmliche Anfrage, betreffend die Hungersnot in Deutsch-Oesterreich, Fortsetzung der heutigen Erörterung.
Schluß 6 Uhr.

Fort mit den Ententegenerälen.

Der Gegensatz zwischen der politischen Auffassung Amerikas und der militärischen Behandlung Deutschlands durch die Entente wurde kürzlich in einem Pariser Bericht des „Manchester Guardian“ unterstrichen. Der Korrespondent weist darauf hin, daß die schwersten Verletzungen der Friedensbedingungen, die Aufrechterhaltung einer starken deutschen Truppenmacht und das Verbleiben der Truppen des General von der Goltz in Kurland direkt auf Wunsch des alliierten Oberkommandos erfolgten. Unter Bezugnahme auf Clemenceaus Wunsch, die Durchführung des Vertrages solle durch den alliierten militärischen Rat in Versailles erzwungen werden, fragt der Korrespondent, ob die Ententegeneräle wirklich die geeigneten Leute für die Ausführung des Friedensvertrages seien. „Die amerikanische Ansicht hier ist, daß das Ententekommando zu viel eigene politische und diplomatische Ideen hat. Der Polgebietsrat an der Rheinlinie, die Ueberwachung der Ablieferung der Röhre von Deutschland sind verhältnismäßig so geringe Aufgaben, daß Leute vom Schlage des General Foch unermesslich versuchen würden, ihr Tätigkeitsgebiet zu erweitern und als Folge würden wir gerade eine Wiederkehr des Zustandes haben, den wir eben schmerzhaft durchgemacht haben, daß ganze Schwärme von Generalen und militärischen Missionen über ganz Europa napoleonische Diplomatie treiben, und da ihnen eigene Truppen nicht zur Verfügung stehen, die neuen kriegsgerichtlichen Aktionen zu Handlungen antreiben, die Versailles als zweckmäßig erachtet.“ Der Korrespondent erhebt dann weiter anscheinend sarkastische Bemerkungen gegen die Politik des Marschalls Foch, der für die Plünderung Ungarns durch Rumänien und für das Hineintragen von Polen in den verderblichen Krieg mit Sowjet-Rußland verantwortlich sei. Er schließt mit den bedeutungsvollen Worten: „Wenn überhaupt ein Zwangsmittel nötig sein sollte, so ist die Meinung Amerikas durchaus auf dem richtigen Wege, wenn sie die Ansicht vertritt, daß für solche Zwecke eine Organisation von Bankiers besser sein würde, als noch so viele Feldmarschälle.“

Die deutsche Antwort bereits übergeben.

Die deutsche Regierung hat die letzte Kriegsgesangenote der Entente mit einer neuen Note beantwortet, die Mittwoch in Paris übergeben worden ist. In dieser Note wird vor allem die französische Behauptung, es sei bezüglich der Heimführung der Kriegsgefangenen niemals etwas anderes verprochen worden, als die Vertragsbestimmungen von Versailles zu erfüllen, widerlegt.

Die Entente hat es eilig.

Der deutschen Regierung ist durch besondere Kurier eine Note der Entente zugegangen, in der die plötzliche Abreise des Geheimrats Simson aus Paris zum Gegenstand einer Besprechung gemacht wird. Die Entente scheint sich besonders darüber, daß die deutsche Regierung die

Erledigung der gestellten Forderungen nicht genügend beschleunigt, und daß auf sofortiger Unterzeichnung des Protokolls bestanden werden müsse.

Neue Beschlüsse des Obersten Rates.

Nach Meldungen aus Paris beschloß der Oberste Rat am Dienstag, eine Erklärung abzufassen, die den Serben den Beitritt zum Friedensvertrag von St. Germain erlauben wird. Er beschloß ferner, am Donnerstag ein Protokoll anzunehmen, damit die bulgarische Delegation während einer Frist von acht Tagen den Friedensvertrag mit Bulgarien unterzeichnen könne. In der gleichen Frist müssen die rumänischen Delegierten den Friedensvertrag von St. Germain und das beigesetzte Uebereinkommen unterzeichnet haben. Der Oberste Rat legte den Entwurf einer Note vor, die bezüglich der in Schleswig demobilisierten Soldaten der deutschen Delegation überreicht werden soll. Die Alliierten machen darin darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Soldaten entlassen werden dürfen, die aus dieser Gegend gebürtig sind. Endlich beschloß der Oberste Rat, vorbereitende Verhandlungen technischer Charakter in Danzig in die Wege zu leiten; sie sollen nicht länger als zwei Monate dauern, die darauf folgenden diplomatischen Besprechungen werden in Paris stattfinden.

Amerika und der Friedensvertrag.

Ein neuer Vorschlag Lodges.
Der Vorschlag des amerikanischen Senators Lodge, das Volk durch allgemeine Wahlen über den Friedensvertrag und Völkerbund entscheiden zu lassen, hat, wie der „Secolo“ meldet, allgemeinen Anklang gefunden. In den politischen Kreisen rechnet man bestimmt mit der Zustimmung der Demokraten. Die amerikanischen Wahlen finden bekanntlich im November 1920 statt.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Washington gemeldet: Alle Senatoren sind abgereist, um vor ihren Wählern zu sprechen. Die Demokraten hoffen, daß die Republikaner scharfe Vorwürfe von ihren Wählern erhalten werden. Der ehemalige Präsident Taft sagte in einer Unterredung, der Standpunkt Wilsons sei nicht zu billigen. Wilson müßte zu einem Kompromiß kommen.

Costrennungsbestrebungen auf Helgoland?

Der Korrespondent des Pariser „Temps“, der Helgoland besucht hat, sagt, es seien offenbar Bestrebungen im Gange, die eine Costrennung Helgolands von Preußen erstreben. Eine ganze Anzahl Helgoländer Bewohner habe den Obersten Rat gebeten, eine Beseitigung des preussischen Systems zu versuchen.
Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß Kräfte der Entente dahinter stecken, Helgoland zum Abfall von Deutschland zu bewegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine deutsche Hilfsaktion.

Das Reichskabinett hat eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Zunächst soll für den Monat Dezember von jeder Protokollarte in Deutschland 50 Gramm weniger ausgegeben werden. Die gesamte Erparnis kommt auf rund 40 Millionen Reichsmark, also Brotarteninhaber, in Betracht. Zwei Millionen Kilogramm in der Woche sollen den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Eine entsprechende Verordnung soll in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Sämtliche Parteien in der Nationalversammlung haben bereits ihre Zustimmung erteilt, mit Ausnahme der „Unabhängigen“, die zwar auch ein solches Maßquantum zur Verfügung stellen, aber keine Abzüge von der Brotkarte zulassen wollten, während noch übereinstimmender Ansicht aller zuständigen verantwortlichen Instanzen dann die Hergabe einer solchen Rationmenge ausgeschlossen sein würde. Alle Fraktionen, mit Ausnahme der „Unabhängigen“, haben in der Nationalversammlung einen gemeinsamen Initiativantrag eingebracht, der bereits heute, Donnerstag, zur Beratung kommen soll. Daneben ist eine weitere große Hilfsaktion durch Veranlassung von Sammlungen unter Führung der Reichsregierung in Vorbereitung.

Die Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz.

Die Abstimmung über den strittigen § 34 des Betriebsrätegesetzes (Beteiligung an den Aufsichtsratsfunktionen), die Mittwoch vormittag im Ausschuss erfolgen sollte, ist zurückgestellt worden, da die Kompromißverhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Die Wuchergerichte kommen.

Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung nahm den Entwurf einer Verordnung gegen den Wucher- und Schleichhandel an, dem durch besondere Wuchergerichte härtestes entgegengetreten werden soll. Für den Bezirk eines jeden Landgerichts soll mindestens ein Wuchergericht zur schnellen Aburteilung von Wucher- und Schieberei errichtet werden. Reichsjustizminister Schiffer betonte, daß dadurch, daß man den Wuchern und Schiebern hart zu Leibe gehe, zweifellos Waren und Lebensmittel frei würden, die dann auf dem ordentlichen Wege den Verbrauchern zuzuführen wären. Zu ermägen wäre die Verdrängung der Kamen der wegen Wuchers und Schieberei Verurteilten. Der Minister stellte in Aussicht, daß er sich deswegen mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen werde.

Holland verweigert die Auslieferung des Oberleutnants Vogel.

Der an der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs hervorragende Oberleutnant Vogel war bekanntlich nach Holland geflüchtet. Die deutsche Reichsregierung hat mit der holländischen Regierung eingehend über die Auslieferung Vogels verhandelt. Holland hat die Auslieferung abgelehnt, weil die Tat Vogels mit den politischen Vorgängen in Deutschland zusammenhänge und deshalb als ein politisches Verbrechen zu werten sei. Die Reichsregierung konnte natürlich Holland nicht zur Auslieferung zwingen. Der holländische Standpunkt hat übrigens ein Echo in dem Verhalten der österreichischen Regierung, die vorwiegend aus sozialdemokratischen Kreisen besteht. Sie lehnt die Auslieferung des an den Münchener Grenzeln beteiligten Kommunisten L. v. v. ab.

Ein Hintertreppenroman.

Die bürgerliche Presse ist um eine Hoffnung ärmere. Sie glaubte aus der Affäre Sklarz (nicht Sklorz, wie es gestern infolge eines Druckfehlers irrtümlich hieß) Kapital für sich schlagen zu können, und muß nun erleben, daß sie ganz gründlich aufgefressen ist. Bekanntlich beschuldigte man mehrere führende Männer unserer Partei — die Angriffe zielten auf Ebert, Scheidemann und Koste — an Missionsfahrten beteiligt gewesen zu sein. Wie Scheidemann sachlich handelt, es sich um ein ganz plumpes Manöver. „Der Sachverhalt ist, daß ein Angestellter der Firma Sklarz, namens Sonnenfeld, Unterschlagungen von 1.800.000 Mark machte und flüchtig wurde. Ehe von Sklarz Anzeige erstattet war, wandte sich ein Freund Sonnenfelds an Herrn Sklarz mit der Bitte, von einer Strafanzeige abgesehen, es würde das Geld zurückerstattet werden. Im Falle einer Anzeige würde jedoch die Familie Sonnenfelds, die sich im Besitz von kompromittierenden Papieren befindet, mit Entschädigungen vorgehen, die nicht nur Sklarz, sondern auch den sozialistischen Mitgliedern der Regierung höchst unangenehm sein würden. Diese Drohung hat aber keine einschüchternde Wirkung erzielt. Die Anzeige ist erstattet und Sonnenfeld in Haft festgenommen worden, wo er sich noch in Haft befindet. Aus der Feder Sonnenfelds wurde berichtet, daß er einen erheblichen Teil der unterschlagenen Summe für sich verbraucht hat. Nach seiner Haftentlassung hatte sich der Vater Sonnenfelds durch eine Mittelsperson an den mehrheitssozialdemokratischen Abgeordneten Davidsohn gewandt und ihm das ganze Material ausgehändigt. Auf Veranlassung Davidsohns war dann am 7. September eine gemeinsame Beratung der führenden Persönlichkeiten seiner Partei abgehalten, an der auch die teilgenommen habe, und es ist wohl die beste Kennzeichnung des Materials, wenn wiedergegeben wird, zu welchem Beschluß die Konferenz am 7. September gekommen ist. Sie stellte ein Komitee fest, das es bedauerlich schien, sich so lange mit einem solchen Dreck beschäftigt zu haben. Das Material bestand in Schreiben, die in den ersten Monaten nach der Revolution teils von Ebert, teils von Koste und mit unterzeichnet sind. Das eine Schreiben betrifft die Herstellung von einer Million antihilosophischer Kalender, die nach Rußland geschickt werden sollten. Das zweite Schreiben, das von mir und Ebert unterzeichnet ist, stellt eine Art Legitimation vor, die damals nicht nur an Herrn Sklarz, sondern auch an fünf andere Personen ausgegeben ist. Es war im Januar 1919, als die Regierung förmlich von der Straße weg Truppen gegen Spartakus gewissermaßen zusammenfasste. Diese Truppen regelmäßig zu versorgen, war schwierig, und die Regierung nahm daher sehr gern das Anerbieten des Herrn Sklarz an, die Verpflegung eines Teils dieser Truppen zu bezorgen und hat ihm einen Geleitschein ausgestellt, der es ihm ermöglichte, die Sperrung zu passieren und ihn vor Beschlagnahme der Lebensmittel zu schützen. Derartige Geleitscheine sind mehreren anderen Persönlichkeiten ausgestellt worden. Dann handelt es sich um ein drittes Schreiben Koste, betreffend die Aufstellung einer Art Kartendevise für die Reichswehrtruppen, wofür Sklarz, den wir als tüchtigen Geschäftsmann kannten, die Beschaffung von Lebensmitteln bis zum Höchstbetrage von 20 Millionen Mark übertragen wurde. Bei diesem Schreiben handelt es sich um durch Hauseinwanderer Handlungen der Minister. Dann wurde behauptet, Koste hätte ein kostbares Gemälde für dieses Geschäft als Geschenk erhalten. Es handelt sich um eine einfache Kohlezeichnung Koste und diese machte der Künstler Koste zum Geschenk, nicht Herr Sklarz.“ Es stellt sich also heraus, daß das ganze Material zum Teil erlogen, zum Teil verfälscht ist. Gegen die Urheber dieses läppischen Hintertreppenromans wird mit einer gerichtlichen Klage vorgegangen werden.

Kleine politische Nachrichten.

In Bonn wurde die letzte Stadtratsbesitzung in der Sammlung von den im Zubehorraum anwesenden Holzkandarbettlern gesperrt, weil ein Antrag, den Holzkandarbettlern eine Beschaffungsbefähigung zu gewähren, nicht gleich angenommen wurde. Ein starkes Polizeiaufgebot, dem sich auch englische Polizeitruppen angeschlossen hatten, konnten erst die Ruhe wieder herstellen.

Die deutschnationalen „Deutsche Zeitung“ hatte behauptet, daß Erzberger mit noch einer Persönlichkeit eine nicht einwandfreie Einfuhrfirma gegründet habe. Erzberger hat darum Strafantrag gegen die „Deutsche Zeitung“ gestellt.

Das deutsche Riesenschiff „Vaterland“ ist nunmehr endgültig der American Line überwiesen worden.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhause teilte der Minister Geddes mit, daß England von Deutschland dieses Jahr keinen Schadenertrag erhalten werde, und er bezweifle, daß nächstes Jahr viel eingehen werde.

Der Oberste Rat in Paris hat die Regierung Huszar in Ungarn anerkannt. Die Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung, die ursprünglich auf den 21. Dezember festgesetzt waren, werden zufolge einer neuen Verordnung erst am 25. Januar 1920 stattfinden.

Der italienische Kriegsminister hat die Schleifung der römischen Festungsgürtel angeordnet. Dadurch wird ein großes Gelände der Bebauung geöffnet und die Vergrößerung der Stadt ermöglicht.

Wie aus Kischineu gemeldet wird, wurde auf dem dort stattgefundenen Kongress der deutschen Kolonate in Bessarabien einmütig eine Entschließung angenommen, in welcher die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien gefordert wird.

Wegen der Kohlennot in Paris sind alle Tanzlustbarkeiten bis auf weiteres verboten.

Zwischen Paraguay und Japan ist ein Abkommen abgeschlossen worden, um die japanische Einwanderung zu fördern.

Wie „Reuter“ erfährt, haben die Vertreter der Alliierten die ausgedehnte revolutionäre Bewegung in Madagaskar unterdrückt, in die der frühere Isechenführer Guba verwickelt war. Die Bewegung war von den Sozialrevolutionären unterstützt worden.

Tschechien.

Hungeraufstände im deutsch-böhmischen Erzgebirge.

Das furchtbare Hungerelend im deutsch-böhmischen Erzgebirge, das durch das vollkommene Versagen der tschecho-slowakischen Verlehrs- und Ernährungswirtschaft seinen Höhepunkt erreicht hat, führte in vielen Städten und Bezirken zu Hungertrawollen, zu deren Unterdrückung tschecho-slowakisches Militär aufgeboten werden mußte. In einer an die Prager Regierung gerichteten Entschließung heißt es wörtlich: „Wir fürchten keine Besatzungstruppen und sind bereit, den Kampf aufzunehmen, in den uns unsere Not hineinzwingt.“

Oesterreich.

Das Hungerelend.

In Oesterreich werden alle Mehraktionen bis zum Entlassen der angekündigten ausländischen Transporte gekürzt. Die auf den Kopf entfallende Brotmenge bleibt vorläufig unverändert.
Bei der Ankunft des holländischen Hilfszuges in Wien haben sich peinliche Szenen abgepielt. Der Leiter des Hilfszuges, Oberleutnant Hautmanns, mußte den Zug mit vorgehaltenen Revolvern gegen das Bahnhofspersonal verteidigen, um eine Verabredung des Zuges zu verhindern. Von 20 Waggons sind 12 für Wien, die anderen für Budapest bestimmt. Mit den holländischen Vorräten sollen 10.000 Kinder im Winter über ernährt werden.

Frankreich.

Die Umbildung des Ministeriums Clemenceau.

Die nicht wiedergewählten Minister traten vom Amt zurück. An Stelle des erkrankten Pichon tritt Clemenceau das Ministerium des Innern.

Belgien.

Die Freunde Deutschlands wandern in den Kerker.

Der Kassengerichtshof von Brabant verurteilte den Direktor der 'Revue Internationale', Wilhelm Vogel, wegen Unterstützung feindlichen Vorgehens und wegen Begünstigung seiner Absichten zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 250 000 Franken Schadenersatz.

Ägypten.

Ägypten den Ägyptern!

Nach der 'Chicago Tribune' ist die Lage in Ägypten, amerikanischen Berichten zufolge, schlimmer als je. An der Spitze der Bewegung steht die Partei 'Ägypten den Ägyptern', deren Ziel sei, die Engländer aus dem Lande zu treiben. Selbst die Bauern, die sich bisher nicht erhoben, sollen jetzt gegen die Engländer sein.

Im englischen Oberhause schilderte Lord Curzon die gegenwärtige Lage in Ägypten wie folgt: Die Bewegung habe wirtschaftliche Gründe und sei hauptsächlich der Forderung der Lebenshaltung zuzuschreiben; aber diese Agitation werde politisch ausgefacht und die ausländischen Sozialisten zögen daraus Vorteile. Die Regierung habe alles getan, um den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden, indem sie ihnen bessere Arbeitsbedingungen zusicherte. Andererseits hofften die Nationalisten immer auf Unterstützung durch eine Großmacht, aber Frankreich und die Vereinigten Staaten erkannten die englische Schutzherrschaft über Ägypten an und stellten versprochen, sie anzuerkennen; sie sei übrigens ein Bestandteil des Friedensvertrages mit Deutschland und daher von allen seinen Unterzeichnern anerkannt. Lord Milner habe den Auftrag, eine autonome Regierung zu bilden, die Ägypten jedoch misachteten diese Pläne. Von einer Amerikaner Ägyptens habe man wohlweislich abgesehen, da die bloße Schutzherrschaft den politischen Forderungen und der Fähigkeit der Ägypter, sich selbst zu regieren, bessere Aussichten eröffne. Der Friedensvertrag mit der Türkei werde nicht zur Lösung der ägyptischen Frage beitragen; die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und Ägypten gehörten der Vergangenheit an. Ägypten dürfe nichts mehr von der Türkei hoffen. Lord Curzon rief schließlich alle gemäßigten Ägypter auf, Großbritannien bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 27. November.

Heute Donnerstag und morgen Freitag finden abends 7 Uhr im Rathaus Fraktionskathungen der sozialdemokratischen Bürgerfraktionsmitglieder statt. Volkshiliges und pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig.

Lübeker Wohlfahrtspende!

Aus dem Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben: Soziale Notstände hegen den dem mit offenem Auge durch unsere Zeit, auf Schritt und Tritt. Wiederholt schon ist in den Tagesblätter der Ruf nach einem allen Anforderungen genügenden Kinderheim, nach einem Mutter- und Säuglingsheim erhoben. Was in Lübeck auf diesem Gebiete vorhanden ist, ist allgemein als unzureichend anerkannt, für etwas Besseres fehlt jedoch die Mittel. Die zahlreichen bestehenden Kinderfürsorgeeinrichtungen, Krippen und Kleinkinderkassen, Hort- und Tagesheime haben mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, seitdem die während des Krieges reichlich gemähten Unterhaltungen der Kriegshilfe fortgefallen sind. Die Fürsorge für kinderreiche Familien muß durch größere Mittel unbedingt instand gesetzt werden, eben den bisher schon in Notfällen gewährten Unterhaltungen sich selbstbewußt an der Wohnungsfürsorge zu beteiligen. Jahr um Jahr wachsen Scharen von Kriegerwitwen heran, die nicht als ungelernete Arbeiter in das Erwerbsleben zu treten, sondern ihnen Möglichkeiten für gelehrte Berufe zu eröffnen, liegt im Interesse des ganzen Volkes. Der Verwilderung und Verrohung von Jugendlichen und Kindern kann nur durch planmäßige Jugendpflege und Jugendfürsorge entgegen gearbeitet werden; besonders auf dem Gebiete der weiblichen Jugendpflege ist in Lübeck noch viel Möglichkeit zu weiterer Ausbau. Die Tuberkulose greift in erschreckendem Maße um sich und übertrifft zu ihrer Bekämpfung durch Heilbehandlung und vornehmlich Familienfürsorge immer größere Mittel. Die Zukunft verweist ferner auf die Pflicht, Notstände auf diesem Gebiete zu beheben, wobei das Wohlfahrtsamt der privaten Wohlfahrtsvereine Förderung angebeihen lasse. Wenn auch nach sozialistischer Auffassung alle Wohlfahrtspflege Staatsaufgabe ist, und nach der neuen Reichsverfassung allen Bedürfnissen ausreichende Fürsorge gesichert wird, so wird doch für lange Zeit hinaus der Staat die Mittel haben, um alle weitgehenden Aufgaben der Reichsverfassung wirklich zu erfüllen. Die Wohlfahrtspende betrieft die Ergänzung der staatlichen und Förderung der privaten Wohlfahrtspflege, Beschaffung von Mitteln in weitestem Umfang. Gemäßt wird ein allgemeiner Ausschuh gebildet werden, der aus Vertretern aller Bevölkerungsteile und der privaten Wohlfahrtsvereine zusammenzusetzen und die Sammlung von Mitteln die Verwaltung der Spende zu übernehmen haben wird. Aber möge im Interesse der guten Sache nach Kräften beizutragen.

Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Vorlagen genehmigt respektive gutachtlich befürwortet: 1. Verteilung der Mittel für die Strafanstalt Sauerhof, 116 320 M. 2. Bewilligung von Mitteln für das Arbeits- und Wohlfahrtsamt, 561 652,80 M. 3. Zuschuß zu den Kosten des Kinderhospitals, 50 000 M. 4. Schaffung einer Oberbeamtenstelle beim Arbeitsamt ab 1. Januar 1920. Die Berücksichtigung des Arbeitersekretariats mit der Rechtsanwaltsstelle wird vorläufig abgelehnt. Das Anwaltsamt soll die Sache noch einmal nachprüfen. 5. Bewilligung für den öffentlichen Arbeitsnachweis 522,50 M. 6. Nachbewilligung von Mehrkosten für Erwerbstätige im Kremisdorfer Volkspark, 135 194,76 M. Die Mehrkosten sind der Hauptfache durch die Steigerung der Mieten entstanden. 7. Abstellung von zwei Heizungskontrolloren, 180 M. 8. Steloberhebung an der Untertrave, 16 000 M. 9. Ausschreibung eines Wettbewerbendes für die Erlangung von Entwürfen zur Bewilligung des Stadelungslandes an der Dampfbahn in Kremisdorf, 5000 M. 10. Erlaß eines Gesetzes betreffend die Verteilung zur Gewinnung von Brennstoffen. 11. Verteilung des Heidegraben im Glinndorf, 2400 M. 12. Erweiterung der Gleisanlage am Glinndorf, 450 000 M. 13. Erlaß eines Gesetzes als der Vermeidung des Stadelungslandes durch die Heilandstraße, 15. Beschaffung von Mitteln für Beamte und Angestellte, 85 000 M. 16. Mittel

für den Verein Öffentliche Lehrkräfte zur Anlage elektrischer Beleuchtung, 8200 M. 17. Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Witwe des früheren Militärenten Friedr. Kressig, 600 M. 18. Aufstellung einer Entleerungsanlage auf dem Grundstück Schweizerhaus, 1400 M. 19. Veräußerung der Mittel für die Stadtbibliothek, 2200 M. 20. Kriegsverweigerungszulagen für die Lehrkräfte der katholischen Gemeindegemeinschaft, 1824 M. 21. Erleichterung der Befreiung vom Religionsunterricht. — Erledigt wurde ferner der Antrag, S. Reimpell über Schulforderungen der Lehrerschaft (Schulämtern, Grundschule, Pflichtfortbildungsschule), Anträge Richter (Verpachtung von Staatsland und Wiesen für vermehrte Einwohner), von Pantzhafer (Prüfungszulage an alle Beamte), von Henk (Notstandsarbeiten und Vertrag mit der Tierkörperverwertungsanstalt), von Bohrt (Freifahrt der Bürgerfraktionsmitglieder auf der Straßenbahn). Der Antrag von Dreger (Organ für amtliche Nachrichten) wurde abgelehnt, weil diese Angelegenheit durch die Verfassung geregelt wird.

Ausgabe von Rinderpöfelfleisch. Aus der Nachrichtenabteilung des Landesverwaltungsamtes wird uns geschrieben: In nächster Zeit gelangt Rinderpöfelfleisch zur Verteilung. Dieses Fleisch erfordert, da es stark gefalzen ist, vor der Zubereitung eine Entsalzung durch Entwässern. Große Stücke müssen zwei bis drei Tage in frisches, häufig zu erneuerndes Wasser gelegt werden. Zweckmäßiger ist, das Fleisch in kleinere Stücke (Gulaschwürfel) zu zerschneiden, weil zur Entsalzung dieser Stücke durch Wässern nur etwa 6-8 Stunden erforderlich sind. Das so behandelte Fleisch quillt gleichzeitig wieder auf und schmeckt, namentlich beim Kochen mit Gemüse, die nicht gefalzen zu werden brauchen, ausgezeichnet.

Zur Auswertung im Holzgewerbe wird uns geschrieben: Am 22. November wurden 211 Holzarbeiter von 22 Arbeitgeber ausgesperrt, weil die Holzarbeiter sich weigerten, ab 15. November länger als 46 Stunden die Woche zu arbeiten. Der Reichstarif für das Holzgewerbe ist seit April von den beiden Zentralstellen ausgearbeitet und war im September soweit fertig, daß nur noch einige strittige Punkte zu erledigen waren. Diese wurden durch Schiedsgericht, unter Vorsitz Freiherr v. Berlepsch erledigt. Der Reichstarif sieht für Lübeck als 2. Städteklasse ab 15. November die 46stündige Arbeitswoche vor. Die Verhandlungskommission der Arbeitgeber verpflichtete sich, in ihrer Generalversammlung für die Durchführung des Reichstarifes einzutreten. Die am 10. September stattgefundene Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes lehnte den Reichstarif ab. Hierauf wurde der Antrag des Gaues Frankfurt a. M. (der Reichstarif unter Ausschaltung der Punkte 11 und 12 betreffs der Betriebsräte und des Beurlaubens) angenommen, obwohl in den Verhandlungen über Befreiung des Streiks vom 23. August bis 25. folgendes vereinbart worden war: Weitergehende Abmachungen der Zentralstellen sollen auch für Lübeck für beide Teile ohne weiteres Gültigkeit haben. Derliche Verhandlungen, die am 25. 10. und 1. 11. über Durchführung des Reichstarifes stattfanden, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber. Es ging vielmehr am 14. November der Verwaltung ein Schreiben des Arbeitgeber-Verbands zu, worin sie mitteilten, daß ihre Versammlung beschlossen hätte, den im Reichstarif vorgesehenen Mindestlohn von 2,25 M. und den Durchschnittslohn von 2,55 M. zu zahlen. Ferner bliebe auch nach dem 15. November die 47stündige Arbeitswoche bestehen. Hierauf schritten am 15. November die hiesigen Holzarbeiter zur Selbsthilfe, indem sie nur noch 46 Stunden arbeiteten. Die Arbeitgeber riefen den Demobilisationskommissar Dr. Eise zur Vermittlung an. In der Verhandlung erklärten die Arbeitgeber, daß sie zur Auswertung schreiben müßten, wenn die Holzarbeiter nicht die 47stündige Arbeitswoche wieder einführen. Anerkennungswertweise gab sich Herr Dr. Eise Mühe, um eine Katastrophe zu vermeiden. Von den Arbeitnehmern wurde ein Vergleichsvorschlag gemacht, die 46stündige Arbeitswoche am 1. Januar einzuführen, sofort eine Lohnerhöhung von 40 Pfg. und ab 1. Januar 20 Pfg. zu gewähren. Dieser Vorschlag wurde wiederum von den Arbeitgebern abgelehnt. Somit waren die Verhandlungen gescheitert. Und die angeordnete Auswertung von den Arbeitgebern in brutaler Weise durchgeführt.

Eine Latarenachricht über die Verhaftung der Kommunisten Seebach und Frank jr. brachte das amtliche Organ unseres Freistaates. Danach sollten sich Mittwoch nacht gegen 12 Uhr mehrere Personen durch Tumulte und Rufe wie 'Ruhstunde', 'Rostschinde' usw. vor der Marktmache unliebsam bemerkbar gemacht haben. Die Beamten der Wache — so berichteten die 'Lübekischen Anzeigen' — gingen hinters und haben die Anführer, die bekannten Kommunisten Zimmermann Frank und Schloffer Seebach verhaftet, von denen jeder eine Handgranate und eine Pistole und außerdem eine Menge Flugblätter bei sich hatten, die beschlagnahmt wurden. Jemand ein Schmierstück hatte von der Verhaftung — die genauen Gründe sind uns noch nicht bekannt — erfahren, und da es sich um Kommunisten handelt, mußten sie selbstverständlich auch Pistolen und Handgranaten bei sich haben. So spannt sich der Schreiber den Fäden zurecht und in der Königstraße machte man den Knoten dazu. Heute werden wir schon in allen auswärtigen Blättern von einem Lübecker Spartakistenpuß lesen. So werden wilde Nachrichten gewissenlos verbreitet. Wir kennen zwar die für kurze Zeit gestrichelten als Befürworter eines großen Mundwerks und glauben auch, daß sie Kraft genug besitzen, um einen Strohfliegenhaufen zu schleppen, aber daß sie fähig sein sollen, mit zwei Handgranaten und zwei Pistolen den Marktplatz zu flirren oder gar ein Stadtteil Lübeds nach Willkür nachts zu überrumpeln, diesen Leichtsinnsfall trauen wir ihnen wohl Gott nicht zu. Das Amtsblatt müßte sich denn auch heute zu einer ausgedehnten Berichtigung bequemen.

Zur Wokade in der Ostsee teilt die Ostseestation mit: Die allgemeine Handelsfreiheit zwischen den deutschen Häfen und der deutschen Ostsee ist von der alliierten Waffenstillstandskommission für Segelschiffe und Motorsegelschiffe bis zu 100 Brutto-Registertonnen genehmigt worden.

Das Entloppschaden. Das Reichspostministerium beabsichtigt, das Entloppschaden als Briefpostgegenstand zu behandeln, so daß es also nicht mit einer Paketkarte ausgeliefert zu werden braucht. Borgelesen ist ein Einheitsporto von 60 Pfg. Wertangabe und Einschreiben sowie Nachnahmen sind zunächst nicht zugelassen.

Eine kleine Viehhaltung findet am 1. Dezember statt, die sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federziege und zahme Kaninchen erstreckt.

Erhöhte Theaterpreise. Mit Genehmigung der Theaterbehörde werden die Eintrittspreise für Schauspiel und Oper eine Erhöhung erfahren, die nicht zu umgehen ist. Wie in allen Bezirken sind die Ausgaben des Stadttheaters in einer Weise gewachsen, daß selbst die eingetreteneren wesentlichen Mehreinnahmen einen erheblichen Unterfuß nicht verhindern konnten. Die Gesamtausgaben für Sölo, Chor, Ballett und techn. Personal sind von rund 245 000 M. bei Spielzeit 1917/18 auf 356 000 M. in der vergangenen Spielzeit und auf rund 500 000 M. in dieser Spielzeit gestiegen. Die Ausgaben für Orchester und Betriebskosten haben sich in gleicher Weise erhöht. Die Eintrittspreise sind jetzt so weit erhöht worden, als es für die Durchführung des Betriebes erforderlich ist. Dieselben sind im Schauspiel abgestuft von 5,50 M. bis 1 M. in der Oper von 9 M. bis 1,60 M. In Hamburg betragen die Preise weit über das Doppelte der jetzt hier neu eingeführten. In Kiel sind die höchsten Preise bereits auf 2,90 M. gestiegen und in Bremen sind die Schauspielpreise auf 9,40 M. in der Oper von 19,50 M. umdrittel gestiegen, so daß für Lübeck die jetzt eingetreteneren Erhöhungen angemessen erscheinen müssen. Die für die laufende Spielzeit abgeschlossenen Abonnements werden von der Erhöhung nicht betroffen.

Samstagabend. Die Fülle der Darbietungen am heutigen großen Varietee-Abend bedingt es, den Anfang um präzis 7 Uhr zu beginnen.

Wahrscheinlich. In der Nacht zum 26. d. Mts. sind aus einem Wirtshaus in der Brückshorner Allee 2 wertvolle Armtablette, 5 silberne Forken, 2 silberne Gabeln, 5 silberne Messer,

ein silbernes Messer und verschiedene Nahrungsmittel mittels Schloßschlüssel gehoben. In derselben Nacht sind aus einer Wirtshaus in der Lührer-Allee 27 Flaschen Wein, 1450 Zigarren und etwa 1000 Zigarretten gestohlen worden. — Mittels Betrüglerens der Lebensscheibe wurde aus einer Nahrungsmittelhandlung in der Gadenburaer Allee in der Nacht zum 26. d. Mts. 1 Stahlmesser Nr. 0898014, 1 Nickelmesser 0888106, 1 Messer-Herrn- uhr 422482, 1 silberne Herrenuhr Nr. 11417, 1 silberne Damen- uhr Nr. 2184 und 1 klar. goldene Damen- uhr gestohlen. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Seemann aus Münsterdorf, der wegen Diebstahls seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft schriftlich verfolgt wurde.

Angrenzende Gebiete.

Estin. Die Wandteppiche wiedergefunden. Die aus dem hiesigen Schloße entwendeten Gobelins sind jetzt nach Wablung des 'Anzeigers für das Fürstentum Lübeck', in Frankfurt am Main bei einem Händler ermittelt worden, der sie in Heidelberg für 78 000 Mark gekauft haben will. In Heidelberg sollen die Diebe nur 27 000 Mark dafür erbeutet haben. Genaueres über den ganzen Vorfall wird erst die Untersuchung bringen.

Hamburg. Nach einer amerikanischen Linie. Die Amerika-Linie wird ihren Dampfer 'Mongolia' am 15. Dezember von Newport über Southampton nach Hamburg expedieren. Derselbe Dampfer werden bald weitere Schiffe folgen.

Hamburg. 42 Stunden im Schrank eingesperrt. Als einem Käufer im Warenhaus Karstadt etwas gezeigt werden sollte, und man einen großen dreistöckigen Schrank öffnete, entdeckte man auf einem großen Koffer sitzend einen 22jährigen Mann, der überart erkrankt war, daß er sich kaum aufrecht erhalten konnte. Es war ein kriegsloser Buchhalter, der von Hunger gequält, sich vor Geschäftsschluß in den Schrank geschlichen hatte, um in der Nacht Lebensmittel zu stehlen. Da er auf den nächsten Sucher keinerlei Nahrung fand, verschwand er auf wieder in den Schrank. Um sich nun Mittel zum Lebensunterhalt zu verschaffen, trug er in der folgenden Nacht einen Koffer in den Schrank, packte allerlei wertvolle Sachen hinein, mußte aber, weil der Morgen anbrach, wieder sein Versteck aufsuchen. Hier wurde er erbeutet, nachdem er 48 Stunden keinerlei Nahrung zu sich genommen hatte.

Riel. Vier-Uhr-Ladenstluß. Infolge der Kohlennot ist seit Dienstag der 4-Uhr-Ladenstluß eingeführt. Die Theater dürfen spielen, wenn sie auf ein Fünftel des bisherigen Lichtverbrauches herabgehen. Die Kinos dürfen von 8 1/2 Uhr abends geöffnet sein, da dann der Stromverbrauch nicht mehr so stark ist.

Rostock. 500-Jahrfeier der Universität Rostock. Im Ständehaus fand am Dienstagabend eine Begrüßungsfeier für die Gäste der Universität statt, die im Jahre 1419 die dritte deutsche Lehrstätte wurde. Heidelberg war 1385, Leipzig 1409 gegründet worden. Schon 1427 mußte die Universität des Aufstandes wegen nach Greifswald, 1487 der Domschlede wegen ein Jahr lang nach Bismar und Lübeck überfödeln und ist von 1760 bis 1789 durch das Schisma der Gegenuniversität Bilkow zur Einstellung der Promotionen gezwungen gewesen. Im 20. Jahrhundert ist die Universität erheblich ausgestaltet und durch Einrichtung von Kliniken erweitert worden. Der Lübecker Senat sandte ein Glückwunschtelegramm.

Seestemünde. Wegen Kohlenmangels den Betrieb eingestellt hat die Seebische Werft. Dadurch werden 2000 Arbeiter brotlos. — Einen tragischen Tod fand der Bäckermeister und Stadtverordnete Niemeier. Im Badraum seines Betriebes beschäftigt, kam er im Garage befindlichen Antriebsmaschine zunah, wurde von dieser erfasst und gegen die Wand gedrückt, wobei sein Kopf zerhackert wurde. — Weiterer Schaden. Die Stillelegung der Straßenbahn hat gegen 18 000 Mark Schaden an den Straßenbahnen verursacht, den Einigungsvorschlag anzuerkennen. Als sich die Versammlung schon aufgelöst und zum Teil verlaufen hatte, ließ ein Schreiben des Aufsichtsrates der Straßenbahn ein, worin er den Vorschlag glatt ablehnte und auf den von ihm vorgeschlagenen Lohnstarif beharrte. Damit ist die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in den drei Unterwertern auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.

Sande. Kohlen in Weintischen. Beschlagnahmt wurde durch den Gendarmen eine Fuhre enthaltend angeblich 18 Kisten Wein. Bei näherem Zusehen enthielten die wohlverpackten Kisten aber Hüttenholz und Kohlen sowie 40 Pfund Zucker. Die Waren kamen von Hamburg und sollten in Lübeck abgeliefert werden.

Neueste Nachrichten.

Die baltische Tragödie.

II. Königsberg, 27. November. Wie verlautet, liegen zahlreiche Füge mit Flüchtlingen auf der Straße in Litauen und Karland. Außerdem drängen dicke Scharen von Letzen und Balten zu Wägen und zu Fuß der Grenze zu, vorwärts getrieben von der Furcht vor den lettischen Banden und den Bolschewisten. Auf dem Güte Rapseden wurde der Befehl, Baron Maniewitz, ermordet. Viele andere Güter sind in Brand gesteckt worden. Allem Anschein nach ist in ganz Karland eine bolschewistische Bewegung entstanden, die das Schicksal der Balten, die nicht mit gelassen sind, als hoffnungslos erscheinen läßt. Auch die baltische Landeswehr, die aus 1400 jungen Balten bestand, gilt als verloren, nachdem der lettische Beherrscher Rigas Meander, der ganz im bolschewistischen Gewässer fährt, ihre bedingungslose Entlassung fordert. — Nach einem Bericht des litauischen Generalstabes hat das litauische Heer Bermonds Gruppen völlig geschlagen und Kadzivilijung zusammen. Vier deutsche Schwadronen, welche von Mitau aus Bermond zu Hilfe eilen wollten, wurden aufgerieben.

Beginn des Kaiserprozesses im Januar?

II. Aus dem Haag, 27. November. Die englische Regierung erwartet, daß der Prozeß gegen den ehemaligen deutschen Kaiser zu Neujahr in London beginnen wird. Der politische Korrespondent der 'Daily Mail' versichert, daß alle dazu nötigen Vorbereitungen getroffen seien. Die Auslieferung könne allerdings erst nach der formellen Ratifizierung des Friedensabkommens durch die Alliierten verlangt werden.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Der Spielplatz-Gesetz-Entwurf, nach welchem die Gemeinden zur Bereitstellung von Spielplätzen im Verhältnis zur Einwohnerzahl und Errichtung der notwendigen Anlagen gezwungen werden sollen, wird demnächst gemeinsam vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen und der Zentralkommission für Sport und Körperpflege (Verband der Arbeiter-Turn- und Sportvereine) den zuständigen Stellen überreicht werden. Das Gesetz sieht zum Teil die Spielplätze eine finanzielle Beihilfe von Reich und Staat vor. Jeder der beiden Verbände wird eine Werbeaktion für den Spielplatzentwurf einleiten. Die gegenseitige Unterstützung in der Ausbildung von Turn- und Sportlehrkräften wurde in einer am Sonnabend in Berlin veranstalteten, von Ribbung, dem Schriftleiter der 'Arbeiter-Turnzeitung', geleiteten Besprechung erörtert. Seitens der Arbeiter-Turn- und Sportvereine wird der Gründung der freien Hochschule für Leibesübungen Interesse entgegengebracht.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

D. T. V. Fest-Komitee

am Freitag, d. 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr, 10496 im Gewerkschaftshaus

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen werden an einigen Straßen-Trennungen Fählungen des Fußverkehrs vorge-nommen, wobei haupt-sächlich die Abfahrtsstellen und das Ziel eines jeden Ge-wannes ermittelt werden soll. Die Führer der Fuhrwerke werden gebeten, den hiermit Beauftragten des Hauptes die gewünschte Auskunft bereitwillig zu erteilen.

Lübeck, den 27. Novbr. 10490 Das Bauamt, Abt. Tiefbau.

Sozialdem. Verein Lübeck.

Am 26. November Nord durch Unglücksfall unter Genosse

Joachim Fasch.
Ehre seinem Andenken! Beerdigung am 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Berwerker Friedhof.
10494 Der Vorstand.

Gesucht zu sofort ein Installateur

für die Anlage von Autogen-Gaslicht, der eine Kaution von Mk. 7500 stellen kann.

Dr. Manderpf & Co.,
10472 Johannisstr. I. II.

Ordentliche, redigewandte **Frau** oder Fräulein zur Werbung von Abonnenten für bekannte Zeitschrift gegen Vergütung und gute Provision sofort gesucht. Schriftliche Meldung an 10363 **John Kypke, Hamburg, Eppendorferbaum 25.**

zu verk. 1 Klappspinnm. u. Ferd., 1 B. neue Dama-Stiel. **Schahmacher, 10478 Glandorffstr. 14.**

Paar Weihnachtslicht Dampfmach. m. Transm. u. Modell, 1 Gängelampe. 10494 Kalfenwiege 13. I. I.

Zu verkaufen ein Schut-zanzel. 10490

Wandlampe 2. watt. Ein guterharterer Kinder-wagen (Beddingrohr) zu verkaufen. 10464

Stahlbretter zu ver-kaufen. 10490

1 gr. gut erhalt. Kuchent-krant mit Platten ohne Aufzug zu verkaufen. 10490

Johns Wollhauf-Wand-maschine, Wollspinnm. und Teile z. Eisenbahn z. verk. **Schererstr. 6b. d. V. Lobbera.**

Zu verk. 1 große Kinder-beimelle mit Matratze. 10455 **Fadenburg, Seeburgstr. 51.**

Zu verkaufen ein Paar Kinderstühle, im Alter von 8-10 Jahren. 10455 **Wunderstr. 2. I.**

Große Par-tie Ferkel z. Jagänger billig zu ver-kaufen. 10510 **F. Vogt, Schwarz, Allee 127a.**

30 junge Ferkel bis 10 Wochen alt sind bill. zu verkaufen. 10502 **J. Alwer, Schwarz, Allee 128**

Große Partie Ferkel z. Jagänger zu verkaufen. 10502 **H. Stoppel, Markt, Seeburgstr. Allee 80.**

1 Schafschurmaschine zu verk. mit 1 Paar für neue **Seeburgstr. 40 z. verk. 10495**

Zu verkaufen 2 neue gu-ße Hüter mit untergeh. **letzter Tag z. J. M. a. d. 10490**

Fledermaus Kabarett-Diele

Voranzeige! Nachdem der grosse Umbau und die Neueinrichtung sämtl. Räume be-endet sind, wird die „Fledermaus“, als die grösste und eleganteste Ver-gnügnungsstätte Lübecks, demnächst mit einem auserlesenen Programm eröffnet. Die künstlerische Leitung wird bestrebt sein, stets nur das Beste zu bieten und jederzeit Gastspiele erster Grössen der Kabarettkunst zu ermöglichen. Deren Kunst auch in Lübeck populär zu machen, ist allezeit unser Bestreben! Der Besuch unseres „Fledermaus“-Kabarets soll ein fester Programmpunkt im gesell-schaftlichen Leben Lübecks werden. Der heimische Bürger möge oft bei uns verweilen, der Fremde gerne wiederkehren!

Eröffnung
Dienstag, den 2. Dezember 1919, abends 7 Uhr!

Die Direktion: **Heinr. Todt.**

Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Brenn-stoffen im Dezember.

Gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Braunkohle monatlich müssen laut Be-kanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenver-teilung vom 10. März 1919 (Reichsanzeiger Nr. 61) die üblichen Meldungen in der Zeit vom 1. bis 5. Dezbr. 1919 erneuert erhalten. Änderungen in den Bestimmungen über die Meldepflicht sind gegenüber dem Vormonat nicht einzuwirken. Die Meldefakten sind bei der Orts-kohlenstelle zum Besten von 40 Btg. für ein Melde-kartenheft mit vier Karten nebst Wortlaut der Bekannt-machung, sowie von 10 Btg. für eine Einzeltarte er-gältslich.

Lübeck, den 26. November 1919. 10494 **Das Landesverorgungsamt.**

Das Geschäftszimmer der Technischen Nothilfe be-findet sich ab Donnerstag, den 27. November 1919, in der früheren Geschäftsstelle Wengstraße 6, I. Mün-dlich und schriftliche Meldungen dorthin erbeten. Ge-schäftszeit wochentags von 10-12 Uhr und 4-6 Uhr. Fern-sprecher 8435.

Lübeck, den 26. November 1919. 10473 **Technische Nothilfe.**
Ortsgruppe Lübeck.

2 B. An-Stiel, Gr. 32, 1 Arb.-St., Gr. 27, 1 Hänge-lampe, 4 Umf.-Kragen, Gr. 43 u. 45 zu verk. 10495 **Kottwitzstr. 12.**

Hilgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen National-versammlung 1919
enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der National-versammlung.
2.50 Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Hand arbeitsunterricht
wird erteilt 10495 **Blücherstr. 25. II.**
Empfehle mich zum Aus-behnen der Wäsche und aller Näharbeiten. Off. u. **M. V. a. d. Fern. 10482**

Freisen dan. Kaufabaf
in Stangen und Scheifen empfiehl. 10476 **Ernst Vogl, Große Burg-strasse 59.**

Deutscher Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Berfammlung der Kraftfahrer und Automobilmonteure
am Freitag, 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zum Coburnart.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Ge-schäftsm. sämtlicher Fahrer und Rentiere dringend erforderlich.

Die Berfammlung des Deutschen Reiches
vom 11. Novbr. 1919.
Tagesgabe mit Sachregister.
Preis 20. 1.00
Buchhandlung St. Meyer & Co.

Berfammlung
d. d. Soldaten und Wehrm. Arbeiter
am Freitag, d. 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr.
Unser Lobartil.
Bestmögliches Gelingen der Kassen ist dringend erforderlich.
10497 **Die Arbeitervereine.**

Zeichnungen
auf die **Deutsche Spar-Prämienanleihe v. 1919**
wobei 50% des Kaufpreises in 5prozentiger Deutscher Reichsanleihe à 100% zahlbar, nehmen
vom Montag, dem 10. bis Mittwoch, dem 3. Dez. mittags 1 Uhr
zu Prospektbedingungen spesenfrei entgegen:

Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H.
Commerz-Bank in Lübeck.
Commerz- und Disconto-Bank, Filiale Lübeck.
Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck.
Dresdner Bank, Filiale Lübeck.
Alfons Frank & Co.
Holsten-Bank, Abteilung Lübeck.
Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.
Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.
Lübecker Privatbank.
Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck.
Spar- und Vorschuß-Verein Schwartau.
Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.
Louis Wolff, Commandit-Gesellschaft.

Hasenfelle
Kanin-, Reh- u. Hirsch-felle, sowie alle Sorten Wildfelle,
Pferde u. Kuhhaare kauft stets zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner
Hofstr. 8. 10465

Kopfläuse
nebst Brut, Abtötungsmittel. Zu haben **Fr. Krüger**, eidgt. Kammerjäger, Allee 3. I.

Bilderleisten
einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashdlg.
Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2808

Moderne Schlafzimmer
mit Marmor u. Marmagen angebracht sofort preis-wert zu verkaufen. 10489 **Wahlstr. 68.**

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Leder-patentsohlen usw. billigst bei **C. Grimm Nachf., Lederhandlung u. Schälhe-fabrik.** 10471

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers**
Markt 4 Lübeck II
Hgl. d. R. Sparr, Lübeck
Handarbeiten werden an-gefertigt
10281 **Seeburgstr. 3a. II.**

Waisenhof Tanz.
Freitag, 10477
und Sonntag:
Neu-Lauerhof
Morgen Freitag: 10468
Großes Tanzkränzchen.
Großes Orchester. Harmoniaklub.
Adlershorst. Tanz
Heute Donnerstag: 10490

Berfammlung
der Arbeiterausschüsse, Betriebs- und Parteivertrauensleute der **K. P. D. und U. S. P.**
am Freitag, d. 28. Nov., abends 8 Uhr.
bei **Lender, Sundstr. 41.**
Tagesordnuna:
Technische Nothilfe.
Die Einberufer.
Parteilicher Kontrolle. 10499

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung, Bauschlösser
Freitag abend 5 1/2 Uhr:

Berfammlung
im Gewerkschaftshaus 10498 Die Ortsverwaltung.

Hansa-Halle.
Morgen Freitag: 10607

Gr. Tanzkränzchen

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck Mühlenbrücke 13
Heute letzter Tag:
2 Schläger!

Der Kriegsgewinnler
Nordisches Volksstück in 6 Akten.

Lebensbilder aus jenen Zeiten moderner Empor-kömmlinge, in denen die milde Gier nach Geld und Glanz auch die bittere Not und den qualvollen Hunger der Mitmenschen auszu-beuten strebt.

Stahl und Stein
Drama in 5 Akten von **Ludw. Anzengruber.**

In der Hauptrolle: **Max Neufeld.**

Naturaufnahmen: Wildbad.

Hansa-Theater
Donnerstag, 7 Uhr:

Gr. Varieté-Abend.

U. a.: **Leztes Gastspiel Karl Scherber**
der berühmte Universal-künstler, und 5 weitere Attraktionen.

Freitag: **Die Faschingsfee**
Sonabend: **Das Dreimäderlhaus.**

Sonntag 2 1/2 Uhr: **Groß-10475 Märchen.**
Abds. 7: **Dreimäderlhaus.**

Stadtheater Lübeck
10491

Donnerstag, d. 27. Novbr.
Anfang 7 Uhr.

Richard III.

Tragödie in 5 Akten von **William Shakespeare.**

Freitag, d. 28. November:
Außer Abonnement.

Kain.
Hierauf:

Feuersnot.

Sonabend, den 29. Nov.
Martha.

Sonntag, d. 30. November:
Anfang 10 1/2 Uhr:

Vorstellung im Schüler-abonnement, Faustzyklus.
Das Puppenspiel vom Doktor Faust.
Anfang 1 1/2 Uhr:
4. Fremdevorstellung:
Hoffmanns Erzählungen
Anfang 6 1/2 Uhr:
Walküre.

Wer ist in Schleswig-Holstein abstimmungs-berechtigt?

Mit besonderer Berücksichtigung der Frage des Wohnsitzes.

- Nach Artikel 109 Ziffer 12 des Friedensvertrages ist stimmberechtigt jede bei dem Inkrafttreten des Vertrages 20 Jahre alte Person, die entweder in dem Abstimmungsgebiete (der ersten oder zweiten Zone) geboren ist oder dort vor dem 1. 1. 1900 ihren Wohnsitz gehabt und bis zum Inkrafttreten des Vertrages) beibehalten hat.
- Was unter „Wohnsitz“ zu verstehen ist, richtet sich gemäß den Regeln internationalen Privatrechts nach dem örtlichen Rechte des fraglichen Wohnsitzes, also hier nach dem im Abstimmungsgebiete geltenden Recht, nämlich dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch, das in den §§ 7 ff. die Wohnsitzfrage behandelt.
- Wohnsitz ist etwas anderes als Staatsangehörigkeit oder Unterkunftswohnsitz oder Aufenthalt.
- Der Stimmberechtigte muß sich bereits vor dem 1. 1. 1900 an einem Orte der 1. oder 2. Zone ständig niedergelassen haben; dann hat er dort seinen Wohnsitz beibehalten.
- Er muß dort vor dem 1. 1. 1900 eine Wohnung genommen und diese tatsächlich bezogen haben mit dem Willen, sie nicht nur vorübergehend inne zu haben. Auf diesen Willen kommt es an.
Eine — wenn auch ständige — Niederlassung für einen gewerblichen oder geschäftlichen Zweck, eine gewerbliche oder Handelsniederlassung, sei es Haupt-, sei es Zweigniederlassung, begründet für sich allein noch keinen Wohnsitz. Jemand kann an dem einen Orte seinen Wohnsitz und an anderen Orten seinen Gewerbe- oder Fabrikbetrieb haben.
- Vorübergehender Aufenthalt, z. B. als Geschäftsreisender, Arbeiter, beurlaubter Soldat, auch Dienstboten haben im Regelfalle keinen Wohnsitz am Wohnorte ihrer Herrschaft, da sie meistens nicht ständig dort bleiben wollen.
- Ob jemand seinen Wohnsitz an einem Orte beibehalten hat, ist danach oft Lauffrage, da der Wille, den/der Einzelne, als er an dem Orte seinen Aufenthalt nahm, gehabt hat, nicht immer klar erkennbar ist.
- Unter Umständen kann jemand gleichzeitig mehrere Wohnsitze haben. Es gibt, wenn auch selten, Personen, die ständig an mehreren Orten wirkliche Wohnungen (nicht bloß Absteigequartiere) haben, die sie alle in gleicher Weise benutzen wollen und auch tatsächlich beziehen, so z. B. wer während des Sommers an dem einen, während des Winters an einem anderen Orte ständig wohnt. Das Stimmrecht kann selbstverständlich nur an einem der mehreren Wohnorte ausgeübt werden. Die Wahl steht dem Stimmberechtigten zu.
- In der Mehrzahl der Fälle hat eine Person nur einen Wohnsitz. Der Wohnsitz einer Person ist regelmäßig der Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Doch trifft das nicht immer zu, so z. B. nicht bei den Seeleuten, dem Eisenbahnpersonal, den Geschäftsreisenden. Wer den leiblichen Aufenthaltsort, an dem er seinen Wohnsitz hatte, verläßt, um eine Tätigkeit anzutreten, die ihn von Ort zu Ort führt, behält regelmäßig den leiblichen Wohnsitz, bis er an einem anderen Orte mit der Absicht dauernden Bleibens Wohnung nimmt. Das gilt insbesondere auch von dem Seemann.
- Wer geschäftsunfähig ist (so das Kind bis zum 7. Lebensjahre, der wegen Geisteskrankheit Entmündigte) oder in der Geschäftsunfähigkeit beschränkt ist (so der Minderjährige, der das 7. Lebensjahr vollendet hat, ferner der wegen Geisteschwäche, wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht Entmündigte, oder wer unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist), kann ohne den Willen seines gesetzlichen Vertreters (also seines Vaters oder seiner Mutter in ihrer Eigenschaft als Inhaber der elterlichen Gewalt, des Vormundes, des Pflegers) einen Wohnsitz weder begründen noch aufheben.
- Eine Militärperson, die nur zur Erfüllung der Wehrpflicht dienste, begründete am Garnisonorte keinen Wohnsitz. Nur Berufssoldaten (Offiziere, auch zur Disposition gestellte,

- Arzte, Maschineningenieure, Militärbeamte und die Kapitulanten während der Dauer der Kapitulation) haben ihren Wohnsitz am Garnisonorte.
- Jeder behält den einmal begründeten Wohnsitz, bis er ihn rechtsgründlich aufhebt. Der Wohnsitz wird aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen, sie aufzugeben, aufgehoben wird, d. h. wenn die Wohnung in dem leiblichen Wohnort aufgegeben wird, in der Absicht, den Ort dauernd zu verlassen.
- Daraus folgt, daß vorübergehender Aufenthaltswohnsitz nicht aufgehoben. Entscheidend ist, ob jemand sich an einem anderen Orte unter Umständen niederläßt, die auf die Absicht, dort dauernd zu bleiben, schließen läßt.
- Auch hier ist die Feststellung oft Lauffrage. Der Wille des Einzelnen entscheidet.
- Studierende haben z. B. beim Besuch von Schulen und Hochschulen den Wohnsitz nicht aufgehoben, ebensowenig Soldaten, die ihrer Dienstpflicht gemäßen, Handlungsreisende, Kräfte, Strafgefangene usw., regelmäßig auch nicht Dienstboten.
- Die An- und Abmeldung bei der Polizeibehörde (in Landgemeinden bei dem Gemeindevorsteher) ist für die Beurteilung der Wohnsitzfrage ebensowenig entscheidend, wie die Heranziehung zur Steuer. Denn die polizeiliche Meldung hat zu erfolgen, auch wenn kein Wechsel des Wohnsitzes, sondern nur ein Wechsel des Aufenthaltsortes vorliegt, und die Heranziehung zur Gemeindefiskalsteuer ist zulässig, sobald der Aufenthalt die Dauer von drei Monaten übersteigt. Immerhin bieten polizeiliche Meldung und Heranziehung zur Steuererhebung wichtige Anhaltspunkte. Die Meldebürobesitzer sind verpflichtet, auf Antrag, daß der K. K. von dem arnunterbrochen bei ihnen gemeldet gewesen ist. Es empfiehlt sich, für Personen, die Stimmberechtigung auf Grund des Wohnsitzes besitzen und während der Zeit vom 1. Januar 1900 verfloßenen Zeit an verschiedenen Orten gewohnt haben, bei den zuständigen Meldebüros — ausgenommen die des gegenwärtigen Wohnsitzes — die Ausstellung entsprechender Bescheinigungen zu beantragen.
- Besonders gilt das für Ehefrauen und Kinder. Die Ehefrau stellt den Wohnsitz ihres Mannes und jeder selbst dann, wenn sie dauernd von ihrem Manne getrennt lebt, ein minderjähriges eheliches Kind den Wohnsitz des Vaters, ein minderjähriges uneheliches Kind den der Mutter, ein an Kindesstatt angenommenes Kind den Wohnsitz des Annehmenden.
Das minderjährige Kind kann mit Zustimmung des Vaters (oder sonstigen gesetzlichen Vertreters) einen eigenen Wohnsitz begründen; der Ehefrau ist dies selbst mit Genehmigung ihres Mannes nicht möglich.
- Sache der Internationalen Kommission wird es sein, im Einzelfalle an der Hand der festgestellten Tatsachen zu entscheiden, ob der maßgebende Wille vorhanden war, einen Wohnsitz zu begründen bzw. aufzugeben, andererseits, ob dieser Wille durch Bezügen oder Aufgeben einer Wohnung tatsächlich verwirklicht wurde.
- Zur Klärung einige Beispiele:
Die Eheleute, geborene Hamburger, haben 1898 geheiratet und nahmen damals in Apenrade ihren Wohnsitz. Der Mann starb drei Jahre nach 1899—1901 wegen Geisteskrankheit in der Provinzial-Asylanstalt in Schleswig zürück. Die Frau zog während dieser Zeit zu ihren Eltern nach Hamburg. Sie kehrte dann 1901 zu ihrem Manne nach Apenrade zurück. Dieser starb dort 1903. Die Witwe zog nach Flensburg und wohnt hier noch. Sie ist hier abstimmungs-berechtigt, denn der Mann hatte von 1898 bis 1901 seinen Wohnsitz in Apenrade, und sie teilte gesetzlich diesen Wohnsitz. — Die vor ihr in Hamburg 1899 geborene Tochter ist ebenfalls in Flensburg abstimmungs-berechtigt, einerlei wo sie sich inzwischen aufgehalten hat. Denn sie hatte von ihrer Geburt bis 1903 ihren gesetzlichen Wohnsitz in Apenrade, von da ab in Flensburg. Es sei denn, daß sie nach Vollendung ihres 7. Lebensjahres mit Zustimmung der Mutter ihren Wohnsitz anderswo begründet hatte.
- Anderes Beispiel: Die Eheleute sind geborene Hamburger und wohnten nach Schließung der Ehe daselbst. Der Mann wohnt

nach dort. Die Frau verließ ihn 1899 und zog nach Apenrade und wohnt dort noch heute. Sie ist nicht abstimmungs-berechtigt, da sie niemals einen Wohnsitz im Abstimmungsgebiete gehabt hat.

Anderes Beispiel: Der Sohn ist 1898 in Apenrade geboren. Der Vater verlegte 1899 seinen Wohnsitz nach Flensburg, wo er noch wohnt. Der Sohn kaufte dem Vater 1918 einen Hof in Mecklenburg. Der Sohn lebte dort über. Er ist hier nicht stimmberechtigt, da er mit Zustimmung seines Vaters 1918 seinen Wohnsitz hier aufgegeben hat.

Ludendorff als Kanzelredner.

Die Deutschnationalen veranstalteten am Montag in der Garnisonkirche zu Potsdam eine Gedächtnisfeier zu Ehren der Gefallenen. Als Redner waren Pfarrer Dr. Rump aus Berlin angebeht, der schon am Totensonntag in seiner Gemeinde statt einer Kirchenpredigt eine politische Rede gegen die Republik gehalten hatte, sowie ein militärischer Befehlshaber. Als dieser entpuppte sich kein Geringerer als Ludendorff, der eine Rede über das in etwas merkwürdigem Deutsch gefasste Thema hielt: „Der Militarismus als die dienende Schicht für die sittliche Erhaltung des Erfolges“ (nach anderer Lesart sogar nicht „dienende“, sondern „demokratische“ Schicht). Auch so ergeben die Worte keinen Sinn. Als der General geendet hatte, sprang plötzlich ein Feldgrauer auf und sagte: „Wenn die Stunde kommt, General Ludendorff, dann folgen wir Ihnen wie die Herde!“ Wie auf einem Schlag erhob sich die Gemeinde und sang „Deutschland, Deutschland über alles.“ Pfarrer Rump, der darauf das Wort ergriff, schloß den Ruf des Feldgrauen in etwas veränderter Form in seine Rede ein, indem er sagte: „Wenn die Zeit gekommen ist, wollen wir ritterlich sterben, um unserer Brüder und um unserer Ehre willen, damit die Ehre nicht aus den Händen der Deutschen fliehe.“

Zum Schluß rief der Pfarrer die Gemeinde auf, über den Staat Friedrich Wilhelms des I. und Friedrich des Großen zu danken, um eine neue Monarchie zu schaffen. Es ertönten Hochrufe auf den früheren Kaiser.

Die ganze Sache beweist wieder, daß Ludendorff sich ganz bewußt an die Spitze der alldeutschen Revancheschreier stellt. Auch seine politische Einseitigkeit tritt wieder deutlich zutage, denn es ist klar, daß auch dieser Vorgang wieder ein entsprechendes Echo im Ausland finden und eine Stimmung gegen Deutschland erzeugen wird, deren Folgen dann das deutsche Volk am eigenen Leibe auskosten muß.

Der neue Handelskammer-Gesetzentwurf.

Der vorläufige Regierungsentwurf eines neuen Handelskammer-Gesetzes, der den Industrie- und Handelskammern zugewandt ist, unterscheidet sich nach dem „Vorwärts“ in vier Gruppen von den bisherigen. 1. Den Inhabern einer handelsgerichtlichen eingetragenen Firma. 2. Gesellschaften und Genossenschaften. 3. Nicht eingetragene Bergbau treibende Klein-eigentümer oder Hüter eines Bergwerkes, Gewerkschaften oder Genossenschaften. 4. Die Besitzer von Betriebsstätten, die einem außerhalb der Bezirke unter Ziffer 3 angeführten Unternehmen angehören, sofern es sich um einen kaufmännischen Geschäftsbetrieb handelt. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind die mit einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb verbundenen Nebengewerbe, die landwirtschaftlichen und Handwerksvereinigungen. Das Wahlrecht begründet die Pflicht des Kostenbeitrages. Zu Mitgliedern der Kammer wählbar sind deutsche Staatsangehörige, die mindestens 25 Jahre alt und wahlberechtigt sind. Zur Vornahme der Wahlen werden für den Großhandel, für den Kleinhandel und für die Industrie besondere Gruppen gebildet. Die Wahlen erfolgen in geheimer Abstimmung mit dem gleichen Recht. Die Mitglieder der Kammern werden auf sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus. Die Beamten der Kammern sind mittelbare Staatsbeamte und werden vereidigt. In der Geschäftsordnung ist die Errichtung eines Kleinhandelsausschusses vorgesehen, in dem den wahlberechtigten Kleinhandelsbetrieblen und Konsumvereinen eine angemessene Vertretung einzuräumen ist. Die Kammer kann einen besonderen Ausschuß der Konsumvereine wählen. Auf ministerielle Anordnung muß sie ein oder mehrere und andere für den Handelsverkehr bestehende öffentliche

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeles.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

In einem Winkel, den der Bretterzaun des Zoologischen Gartens bildete, war eine kleine Bude aufgeschlagen, in der eine alte Frau heißen Grog und gebratene Kastanien verkaufte. Von hier aus konnte Horstmann den Ausgang und auch die beiden Fußwege, wozu das trübe Grau der Dämmerung, zwei hohe Gaslaternen parben einen gelblichen Schein auf den Schnee. Durch die Lüden des Bretterzauns konnte er auf dem Wehser, undeutlich wie leuchtende Schatten die Schiffschuhläufer erblicken. Die schrillen Töne einer Militärkapelle klangen wie erkoren und zerrissen in der eisigen Luft zu ihm hinüber. In ihrer Bude lag das Weib, hielt die aufgesprungenen roten Beine über die Kohlenglut und klopfte ihm blumendreist an. Zu seiner Rechten lag die Eisenbahnbrücke. Dort erklang aus der Tiefe manchmal der Pfiff einer Lokomotive.

Jedesmal fuhr Horstmann bei diesem Ton zusammen. Er dachte an die Vergangenheit, an das Leben, das er früher geführt hatte in den wilden Ebniden, wo er frei und ein wahrer Herrscher gewesen war. Nun stand er hier, frierend, von einem Bein zum anderen springend. Was hatte er vor? Er wollte sein Weib mit ihrem Geliebten abfangen, als eifersüchtiger, zorniger Chemann. Ein tiefes Gefühl der Erniedrigung überkam ihn. Was war aus ihm geworden? Dieses Weib hatte ihn klein und elend gemacht. Spürte schlimmer als je den Druck des Lebens, auf ihm gelegte täglichen Kampf mit so gemeinen Mitteln, für den er nicht geschaffen war. Er war müde und zermürbt bis ins Mark, und aus der Melancholie der grauer Schneefeldschicht fleg ihm der Wunsch auf, von dieser Welt zu fliehen. Aber er richtete sich wieder straff und gab seinem Gesicht von neuem den argwöhnisch spähenden Ausdruck. Es war dunkler geworden, der Schein auf dem Schnee nahm hellere Farben an. Werdehahn wartet schon, die kalten Hände in Decken gewickelt und fliehen grauen Dampf aus ihren Nüstern. Jetzt quoll die erste Welle der Heimkehrer aus dem engen Tor. Er bemerkte Bekannte aus früherer Zeit, ohne von ihnen gesehen zu werden. Seine Frau war nicht darunter. Die Pferdehahn fuhr ab. Die Straße lag wieder einsam im blauen Glanz des Schnees, der eine eifige Kälte ausstrahlte. Endlich aus ein Wärter das Tor aufschloß, verließ Horstmann seinen Standort.

Der ihm ging schillernd ein Liebespärchen. Der junge Mann hatte den Arm um die Taille des jungen Mädchens ge-

schlungen, alle Augenblicke blieben die Ketten stehen und klopften sich.

Horstmann presste manchmal die Hand vor die Augen, wie um die rote Glut, die in seinen Schläfen brannte, auszulöschen. Anna hatte ihn betrogen.

Niemand von den Heimkehrern war seinen Spürsagen entgangen, aber sie hatte er nicht gesehen. Wo war sie gewesen? Vielleicht ging sie jetzt auch auf einem einsamen Wege nach Hause, am Arm ihres Liebhabers und ließ sich von ihm küssen. Angst und Wut hatten sich immer wieder in seinem Innern zusammen. Manchmal blieb er stehen, bohrte den Stiefel in den knirschenden Schnee und holte höhnend Atem. Warum zweifelte er noch? War es nicht sonnenklar, daß sie ihn betrog? Vor ihm das Frauenzimmer, das sich so inbrünstig an den Mann schmiegte, lehrte ihn ja, was des Weibes Tun und Trachten ist. Und was er da mit eigenen Augen sah, erweckte ein anderes Bild in ihm: Anna auf dem Zehnpfingern stehend, mit febrischem Glanz in den Augen, die zum Aufgeschreien Lippen ihrem Geliebten reichend. Ihm fielen heiße Schweißperlen ein, die sie ihm einstmals ins Ohr gebläut. Er dachte mit Angst und Scham an das wilde Spiel, das sie getrieben. Jetzt lagte ein anderer seine Lippen auf ihrer Mund und vergrub die Finger in ihr Haar. Er sah das Gesicht Hollebers. Es hatte einen höhnischen Ausdruck, der dem betrogenen Gatten galt. Es wurde ihm dunkel vor den Augen — hatte den Vater gepackt und auf das Steinpflaster geschleudert. Alle Knochen knackten und das Blut hochaufspritzte. Dann stürzte er auf sein Weib, zerrte sie an ihren langen Haaren zu Boden und schlug sie, daß ihr Blut sich mit dem Blut des anderen mischte. Einen Augenblick gab er sich dieser Vorstellung hin, seine Brust wühlte, sein Gesicht mit den aufeinandergepreßten Zähnen, dem trampfhaft verzogenen Mund hatte einen verzerrten Ausdruck. Dann kam er wieder zu sich und setzte seinen Weg fort, immer dem Mädchen folgend, das sich näher an der Stadt kam, desto häufiger wigte. Erst als das Mädchen in einem Hause verschwand, worauf der junge Mann den Hut ziehend sich entfernte, merkte er, daß er sich in einem ganz fremden Stadtbereich befand, und schlug den Weg nach Hofgartenstraße ein.

Auf dem Korridor sah der Ingenieur den Verberberer längen, trotzdem nicht eine Spur von Schnee oder Wasser war daran. Diese Entdeckung ließ ihn nicht einmal in Erstaunen, er war auch ohne das seiner Sache sicher gewesen.

Anna befand sich im Eßzimmer. Als er eintrat, wollte sie ihm einen entsetzten Blick zuwenden. Er trat ein, um sie zu begrüßen, und indem sie die Hände mit den wiederholten

tenen und glänzend polierten Nägeln aneinanderrieb, stierte sie ihn mit zinkenden Augen an.

„Du willst mich?“
„Wo wartest du?“
„Auf dem Eis.“
„Das ist nicht wahr. Ich habe am Zoologischen Garten auf dich gewartet. Du bist anderswo gewesen.“
„Ich war auf dem Schwanenteich und habe dort gefaselt.“
Er runzelte die Stirn und sah ihr mit finsternem Blick ins Gesicht, auf dem die Lüge geschrieben stand. Hatte der Wind ihre Wangen so gerötet, ihren Augen diesen Glanz gegeben, ihr Haar so anmutig zerzaust? Oder war es etwas anderes gewesen? Lagen auf ihren geschwellten Lippen nicht die Spuren gewohnter Küsse? Diese verjüngte Heiterkeit, dies unwillkürliche Lächeln, woher anders kam das alles als von dem gestohlenen Genuß? Und während seine Augen sie durchbohrten, bemerkte er plötzlich das neue Kleid, das sie heute zum erstenmal in keiner Gegenwart trug. Er ergriff ihr Handgelenk und zog sie nach der Mitte des Zimmers unter das Lampenlicht.

„Woher hast du das? Wer hat dir erlaubt, das zu kaufen?“
„Ich lasse nicht so an mir zerren, verzeihst du das?“ erwiderte sie, trotz der Kopf-zurückwerfend.
„Woher ist das Kleid?“
„Gekauft, wie du dir wohl denken kannst. Die Rechnung wirst du schon früh genug finden. Wenn du glaubst, ich liebe es, gerissen wie ein Dienstbote herum, tritt du dich, mein Lieber.“
„Immer auf einmal aus allen Ecken des Zimmers riefen Funken ins Gesicht. Er schüttelte sich, von Wutspauern förmlich durchzuckt. Er trat auf sie zu, während sie langsam zurückwich, mit einem Stolz schleuderte er sie auf einen an der Wand stehenden Stuhl und leuchtete.
„Unverschämte! Unterließ dich noch ein Wort zu sagen!“
So stand er ihr einen Augenblick gegenüber, als die Tür geöffnet wurde.
„Während er sich nach dem eintretenden Dienstbuden umdrehte, sprang Anna auf und lief aus dem Zimmer. Horstmann schreie sich an den Tisch und stützte den Kopf auf, ohne sich um den Dienstbuden zu kümmern. Beinahe hätte er sich vergesst und gegen seine Frau die Hand aufgehoben! Jetzt schrie er, und dieser Verstellung zurück. Das durfte nicht sein! Er mußte fest bleiben über sich! Wenn er sich hinziehen ließ, war alles verloren. Dann war seine Frau gegen ihn im Rechte, und mit ihrem Recht war es vorbei. Er beschwor sich, bestellte bei seinem jüngeren Bruder förmlich darum, sich zu bewähren. Er wollte gegen seine Verstellungen antworten, damit er auch in dem Augenblicke das Recht hat, was nicht in der Wirklichkeit gegeben ist.“

Können unter die Aufsicht der Kammer gestellt werden. Die Kammer bilden einen Landesauschuss herrenständischer, Junker- und Handelskammern Berlins.

Die Berliner Januar-Unruhen.

Der Untersuchungsausschuss der Preussischen Landtagessammlung vernahm Dienstag als nachträglichen Zeugen in der Frage der Januar-Unruhen den früheren Volksbeauftragten Scheidemann. Auf die Frage, ob die Volksbeauftragten den Major a. Stefani Anweisungen gegeben hätten: was aus dem „Vorwärts“ kommt, wird erkönnen, erwiderte Scheidemann, daß ihm ein solcher Befehl unbekannt sei. Auf die weitere Frage, ob vielleicht eine in der Reichsregierung gestellte militärische Stelle eine solche Auskunft gegeben haben könne, erwiderte Scheidemann, das sei technisch möglich, aber er halte es für unwahrscheinlich. Scheidemann wurde weiter über die Aussagen des Abg. Dittmann im Lebebour-Projekt befragt, der seine Eindrücke dahin wiedergegeben hatte, daß die Volksbeauftragten am Morgen des 6. Januar zu einer Besprechung bereit gewesen seien, aber am Abend des gleichen Tages unter dem Einfluß einer Offizier-Kamarilla auf einer Weisung bestanden hätten. Scheidemann antwortete, am Donnerstag des 6. Januar seien Kautsky, Dittmann und Dr. Osterloh bei den Volksbeauftragten gewesen, um sich als Vermittler anzubieten. In der Nacht indes hätten die Unterhändler der anderen Seite — teilweise ganz willige Gefellen von den sog. revolutionären Betriebsvereinsleitungen — weitgehende politische Forderungen gestellt. Daher sei ihnen Bedeutung worden, daß erst die besetzten Gebäude geräumt werden müßten. Die revolutionären Vertrauensleute bestanden jedoch darauf, die besetzten Zeitungen so zu behandeln, wie die deutsche Regierung das besetzte Belgien behandeln habe: als politisches Hauptquartier. Unter diesen Umständen sei die Einigung nicht zustande gekommen. Mit militärischen Kreisen habe die Regierung damals überhaupt keine Verbindung gehabt. Auch die Behauptung, daß Offiziere auf die Haltung der Reichswehr eingewirkt hätten, sei unwahr.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 27. November.

Sicherheitswehr und Reichswehr.

Berichte der letzten Zeit haben erwiesen, daß das Publikum vielfach noch im Unklaren ist, welche Unterschiede zwischen Reichswehr und den Beamten der Sicherheitswehr in bezug auf die Uniformierung bestehen. Trotzdem diese so erheblich sind, daß eine Verwechslung der Beamten mit den Soldaten ausgeschlossen ist.

So ist vor allem das Grundstück der Uniform der Beamten der Sicherheitswehr grün, die Farbe der Reichswehruniform ist das alte Feldgrün. Die grüne Schirmmütze der Beamten der Sicherheitswehr — die Angehörigen der Reichswehr tragen Klappmützen — zeigt einen Streifen aus hellgrünem Belag mit einer von Landesfarben entsprechenden Kordel, für Preußen schwarz, ohne den bei der Reichswehr eingeführten Eigenlaubstrang. Die grüne Uniform der Sicherheitspolizei zeigt für die Beamten im Unteroffiziersrang, an Stelle der für die Reichswehr gültigen blauen grauen Schulterklappen, dunkelgrüne, gestochene bidirektionale Abzeichen. Die Beamten im Offiziersrang haben silberne, mit grüner Seide durchwirkte Abzeichen. Der Rang wird bei den Beamten im Unteroffizier- und Offiziersrang durch silberne Gürtel bezeichnet. Die Knöpfe sind wie bei der Schützmannschaft des Reichswehr. Das Koppel ist bei den Beamten im Unteroffiziersrang mit weißgoldenen Koppelknöpfen und dem preussischen Adler (in Preußen) versehen, während die Reichswehr ein solches Bundesadlerchen nicht trägt. Die Rangspiegel sind aus glattem gelbem Tuch, die Reichswehr trägt Eisen, wie früher die Garde. Für alle Beamten ist wie das ferge, so auch das lange Seitenweh und der Artilleriehelm, je nach Dienst, vorgeschrieben. Außerdem besteht die Bewaffnung aus Revolvern und Karabinern, nicht Gewehren. Eine Gruppenschild für die Beamten der Sicherheitswehr gegenüber Offizieren der Reichswehr besteht nicht. Nur Generale werden entsprechend der auch für die Schützmannschaft bestehenden Vorschrift begrüßt. Offiziere gibt es bei der Sicherheitswehr überhaupt nicht, sondern nur Beamte im Offiziersrang. Sie werden ebenso wie bei der Schützmannschaft mit ihrer Rangbezeichnung angesprochen.

Die kurze Zusammenfassung ergibt also in der Uniformierung zwischen den Angehörigen der Reichswehr-Formationen und den Beamten der Sicherheitswehr folgende Unterschiede:

- Reichswehr: grüne Uniform
- Sicherheitswehr: grüne Uniform
- Reichswehr: grüne Schirmmütze
- Sicherheitswehr: grüne Schirmmütze
- Reichswehr: dunkelgrüne bidirektionale Abzeichen
- Sicherheitswehr: Kordel mit Eigenlaubstrang
- Reichswehr: Kordel in Landesfarben ohne Kranz

Angrenzende Gebiete.

Landtag. Landtag. Die Regierung hat den Abgeordneten und der Presse den Abbruch der Eisenbahnbetriebsstörung für 1928 zugesagt. Die Einnahmen haben betragen 53 738 718,45 Mark, gegenüber dem Voranschlag mehr 4 028 719,45 Mark. Die Ausgaben, ohne die Verwendung des Ueberschusses, betragen 53 738 718,45 Mark, veranschlagt waren sie auf 22 399 600 Mark. Die drei Ausschüsse des Landtages haben sich wie folgt zusammengesetzt: (Die Namen der sozialdemokratischen Mitglieder sind gedruckt). I. Finanzausschuss: Dr. Schmidt-Jelke, Albers, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger), Gumbel, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger), Gumbel, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger). II. Verwaltungsausschuss: Deitz, König (Korffinger), Korffinger, Gumbel, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger), Gumbel, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger). III. Eisenbahnausschuss: Dr. Müller, Duden, Kraatz, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger), Gumbel, Wieting, Reppert, Marck, Gumbel, Feigal (Korffinger).

Aus dem Parteileben.

Scheidemann Oberbürgermeister von Kassel? Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Kassel schlägt die sozialdemokratische Fraktion dem Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl eines Bürgermeisters Genossen Scheidemann als Kandidaten vor. Scheidemann erklärte sich bereits vor mehreren Wochen bereit, das ihm angebotene Amt anzunehmen. Die Wahl darf als sicher gelten, da die sozialdemokratische Fraktion die Mehrheit in der Stadtvertretung hat. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn Scheidemann durch seine Wahl zum Oberbürgermeister von Kassel dem Parteivorstand entfremdet werden sollte.

Zur Einigungsfrage. Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Die Zentralkasse für Einigung der Sozialdemokratie hat an die beiden sozialdemokratischen Parteien das Ersuchen gerichtet, einer von der Zentralkasse gebildeten Kommission eine Unterredung zu gewähren, zur Herbeiführung einer gemeinsamen Front gegen die reaktionären Treiber. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat der Zentralkasse darauf geantwortet, daß sie diese Körperschaft als nicht geeignet zur Herbeiführung solcher Verhandlungen betrachte. Vertreter des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatten mit der Kommission der Zentralkasse auf deren Wunsch eine Unterredung. Unsere Genossen wiesen auf den Beschluß des Weimarer Parteitages hin, erklärten aber, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands jederzeit bereit sei, unter Vorankündigung der prinzipiellen Gesichtspunkte, über die unter Sozialisten keine Streitigkeiten bestehen, und unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten persönlicher Art mit der Parteileitung der U. S. P. D. Unterhandlungen zusammenzutreten, die zur Bildung einer, alle Sozialisten umfassenden Arbeits- und Kampfgemeinschaft gegen die Reaktion führen könnten.

Reich und Ausland.

Ein russischer Kriegsgefangener verurteilt. Vor dem Kriegsgericht der Inspektion der Gefangenenlager des Gardekorps hatte sich der russische Kriegsgefangene Scharajin Salichow, ein Tatar aus Sibirien und Mufahmedaner, wegen einer schweren Missetat zu verantworten. Der auf einem Gut in Mendisch-Brehna beschäftigte Russe war beschuldigt, am 1. Juni dieses Jahres dem polnischen Landarbeiter Walzerowski mit einem Taschenmesser den Hals durchzuschneiden und seinem Opfer die Barockschale von 150 Mark geraubt zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, da die Überlegung vernunftlos wurde, wegen Totschlags auf der gesetzlichen Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus.

Ein neue Großstadt. Der gemeinsame Ausschuss genehmigte einstimmig die Vereinigung der vier Städte M-Gladbach, Rheid, Odenkirchen und Rheindahlen, sowie von vier Landgemeinden zu einer Großstadt, die den Namen Gladbach-Rheid erhalten soll.

Erdbeben. Nach Beobachtungen der Erdbebenwarte Jugendheim und anderer Stationen befindet sich der Herd des verheerenden Erdbebens vom 18. November, abends, in der Nähe der Festung Kleinastens in der Gegend von Smyrna, vielleicht auf einer der zahlreich vorhandenen Inseln. Direkte Einzelheiten über die Wirkungen des Erdbebens fehlen bisher noch.

Vermischtes.

Flaggenlied und Judenjahne. Die verknüpfte, antisemitischen deutsch-nationalen und deutschnationalen Reaktionen ergeben sich in Verpötlungen der schwarz-rot-goldenen Fahne, nachdem deren Farben seitens der Nationalversammlung als die Reichsfarben erklärt worden sind, und sie benennen diese Fahne sehr geschmackvoll mit besonderer Vorliebe als „Judenjahne“. Das merkwürdigste dabei ist, daß die neuen Reichsfarben, die namentlich in der aber Bewegung eine große Rolle gespielt hatten, auch die Farben der deutschen Büchsenmänner sind, die bekanntlich keine Juden aufnimmt. Auch der „Luzifer“ d. Graefe hat kürzlich in der Nationalversammlung seinem Abscheu vor der schwarz-rot-goldenen Fahne Ausdruck verliehen und prophezeit, daß sie nie im Deutschen Reich populär sein werde. Nun, das wollen wir ruhig abwarten. Natürlich bemühen sich die antisemitischen und deutschnationalen Reaktionen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Protest gegen die „Judenjahne“ das alte schwarz-weiß-rote Banner zu entfalten, und sie fangen bei dieser Gelegenheit gewöhnlich das Flaggenlied von Robert Lindner „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“. Das geschah auch bei den Demonstrationen, die am 18. November von deutschnationaler und antisemitischer Seite vor dem Reichstagsgebäude zu Ehren Hindenburgs veranstaltet wurden. Den teuschmütigen Verehrern des Flaggenliedes scheint es jedenfalls unbekannt zu sein, daß dessen Dichter Lindner ein Jude war. — Das Grab Lindners befindet sich auf dem Friedhof der Berliner jüdischen Gemeinde. Es ist fürwahr eine heitere Ironie der Weltgeschichte, daß ausgerechnet das von einem Juden gedichtete Flaggenlied jetzt von den Antisemiten als Protest gegen die „Judenjahne“ gesungen wird.

Theater und Musik.

„Der Liebestrank“, Schwan in 3 Akten von Frank Wedekind. Der Berliner Volkswitz pflegt zu sagen: „Das Leben ist wie eine Hühnerleiter, nur oben bis unten beschmutzt.“ Für Liebestrank, den satanischen Höllehund, den Jünger und Jüngerin, für den es weder irdische noch himmlische Liebe gibt, ist das ganze Menschenleben ein Zirkus. Der eine reitet die „Hohe Schule“, der andere macht den „Dummen August“, der dritte — es kann stets auch eine dritte sein — ist Trapezkünstler oder Seiltänzer — innerhalb der Riste, auf dem gefährten Sand des Lebens, ist der Mensch in seinen Menschlichkeiten ein Stück Zirkus. Nicht Liebestrank hat diesen Vergleich gezogen, sondern wir. Aber er drängt sich unwillkürlich auf, wenn man seinen „Liebestrank“ und andere seiner Grotesken — und mögen es selbst die sein, die sich in ein tragisches Gemahnen hüllen — auf Herz und Nieren prüft. Und etwas Wahres ist schon dran. Als Wedekind, damals noch arg verachtet und gründlich verkannt, 1899 seinen „Liebestrank“ hinausgab, lag bereits seine großartigste Kindertragödie „Frühlingserwachen“ vor, die reisende Menschen nach zeigte und trotzdem ein reines Kunstwerk war, obgleich Sittlichkeitsbananen mit ihrem unreinen Herzen es als unästhetisch und ungesund empfanden. Da lag bereits der erste Teil seiner Dahn-Tragödie, „Der Erdgeist“, vor, in der er den Menschen als Bestie und ganz besonders das Weib als „wildes, schönes Tier“ anzeigt. Auch sein toller Spieß der „Liebestrank“, ist trotz aller drastischen Komik ganz Wedekind, her die Karibische Schwärze und in totem, ausgelassenem Wirbel Menschen an uns vorüberzieht, denen nichts Menschliches fremd ist. Kein allmächtiger Schwan, wo höher Witz kein Unwesen treibt, sondern eine Komödie, die selbst da noch den Dichter verriet, wo sie sich überschlägt. Den Schwanplatz der Handlung hat Liebestrank nach Russland verlegt, das vielleicht mehr noch als Dahnaria das Reich der unbegrenzten Möglichkeiten ist. Der Fürst Jwan Rogoschin hat nach dem Tode ihres Vaters eine Vermählung, die achtzehnjährige Katharina Alexandrowna, zu sich genommen. Katharina hat Feuer, hat Raue. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, daß Jwan, dem einst als Leutnant „ganz Russland zu Füßen gelegen“ hat, nach einmal wie ein Portierpöbel sich mit nach der Liebe von Katharina girrt und giert. Aber die wilde Katharina ist nicht zu haben für ihn. Auf seine Jähwutigkeiten antwortet sie in echt russischer Weise mit Ohrenjagen. Will er sie also besitzen, muß er sie schon zur Liebe zwingen. Aber wie? Jwan erinnert sich, daß die Zigeuner Liebestrank trinken können, nach deren Saug die Person, an die man beim Trinken denkt, unschlagbar in den Trüben verliert. Da er es sich leisten kann, holt er sich aus Petersburg einen Zigeuner, damit dieser ihm den Liebestrank zusammenbraue. Liebestranklich will er nicht gleich mit der Frau ins Haus, son-

dem Frisch Schwigerling, wie der Zigeuner sich nennt, wird vor ihm unter dem harmlosen Vorwand engagiert, als Hauslehrer für die beiden Kinder tätig zu sein. Als er dann aber schon sehr bald mit seinem wahren Anliegen heraustritt, fällt Schwigerling aus einem Erstaunen ins andere. Aber alle Ausflüchte nützen ihm nichts. Der Liebestrank führt ihn so leichtem Kaufs nicht los. Da er in Güte nicht zum Ziele kommen kann, greift Jwan zur Gewalt und läßt den widerspenstigen Schwigerling in den Keller sperren, wo er bleiben soll, bis er den gewünschten Liebestrank zusammengebracht hat. Alles, was dazu nötig ist, soll ihm zur Verfügung gestellt werden. Schwigerling, der gar kein Zigeuner, sondern ein guter deutscher Zirkuskünstler ist und sich in allen Lebenslagen auskennt, begegnet der Gewalt Jwans mit List. Er erklärt sich bereit, den Liebestrank herzustellen. Da er bereits erfahren hat, daß mit dem gewalttätigen Fürsten nicht gut Richten zu essen ist, fordert er nun ihm, daß er das fürchterliche Gebrauh, wenn es wirken soll, auf einen Zug austrinken müsse und dabei auch nicht an einen Bären denken dürfe. Es ist selbstverständlich, daß der Fürst nun gerade erst recht an einen Bären denkt, sogar eine ganze Bärenfamilie um sich herum sieht. Natürlich verfehlt der Liebestrank jetzt seinen Zweck. Was ist nun zu tun? Jwan wünscht, zumal nachdem er von der Zusammenfügung des fürchterlichen Gebraus Kenntnis erhalten, den Liebestrank so schnell wie möglich wieder los zu werden. Schwigerling weiß Rat. Er überredet den Fürsten, in finsterner, einsamer Kammer den Trank wieder auszuföhnen, um so für seine Person Gelegenheit zur Flucht zu erhalten. Während der Fürst schwitzt, nimmt Frisch Schwigerling unter Mithilfe der Fürstin, in der er seine ihm einst meggelassene Frau wiedererkannt hat, Reißaus. Aber er geht nicht allein. Katharina, deretwegen Jwan den Liebestrank zu sich genommen hatte, schließt sich ihm an, um irgendwo sich einem Zirkus als Schutzeiterin zu verbinden. Der gerarzte Fürst muß sich schon weiter in den Armen seiner Gemahlin kräften. Es leuchtet ein, daß wir uns darauf beschränken müßten, den Gang der Handlung kurz und trocken zu skizzieren. Die überaus komischen Situationen, die die Handlung in überreichem Maße umranken, lassen sich in Worten nicht wiedergeben. Dank der vorzüglichen Inszenierung, für welche Karl Feldmann verantwortlich zeichnete, fand Wedekinds Schwan eine überaus freundliche und heifällige Aufnahme. Das Publikum amüsierter sah sich. Den Fürsten spielte Dr. Egonmoung uns etwas zu hemdsärmelig und ruffisch. Etwas mehr weltmännisches Wesen dürfte man von dem fürstlichen Liebestrinkenden Trank schon erwarten. An und für sich war jedoch die Gestalt nicht überaus gefast. Zweifelloos wäre auch die Wirkung noch besser gewesen, wenn das Organ des Darstellers weniger rauh klingen würde. Frisch Schwigerling war als Schwigerling wieder einmal den Vogel ab. Sein frisch zugereifenes, quides Spiel zeugte eine Gestalt von gutem Zuschnitt. Die begabte Katharina hatte in ihre Schuiz eine raffige und lebenswarme Darstellerin gefunden. Eva Golt gab die Fürstin und ehemalige Trapezkünstlerin Wlaneta höchst ansprechend und selbst im hummen Spiel überaus wirkungsvoll. Auch die Maske war gut gewählt. Den Komviedner und früheren Schauspieler Golestin traf Karl Moran ganz vorzüglich in Spiel und Wort. Das Kammermädchen Tschana fand in Wilma Sponr eine ansprechende Darstellerin. Auch sonst klappte alles.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die traurige Lage der auf Logegehälber Angestellten. Diejenigen, welche der Abteilung dieser Beamten angehören, müssen oftmals die Empfindung haben, als wenn sie die Paria der Klasse der besonders Entbehrten, darstellen, da ihnen zumunigen gemacht werden und man sie in einer traurigen Lage beläßt, wie wohl in keinem anderen Berufsstande. Als in vergangener Woche die Löhnung ausbezahlt wurde, war der Bußtag nicht mitbedacht worden. Wagt dafür irgend eine Berechtigung vor? Entweder man legt keine Feiertage mitten in die Woche hinein, oder wenn der Zwang zum Feiern auferlegt wird, dann bezahlt man sie auch mit. Schon lange wird von den auf Logegehälber Angestellten gewünscht, daß man ihnen die Sonntage mitbezahlt, wie es bei den auf Monatszahlung angestellten Beamten üblich ist, da man an diesen Tagen ebenföug leben muß und dieselben Ausgaben wie in der Woche hat. Wann erfüllt sich dieser Wunsch endlich? Ein Lichtstrahl fiel in vergangener Woche auf die trostlose Lage dieser besonderen Beamtenklasse. Dank dem Eintreten der Verhandlungskommission hatte sie Aussicht, auch an der Feuerungszulage teilzunehmen. Doch lange sollte die Freude nicht dauern, denn jetzt werden mit einem Male alle diejenigen Ausschüßkräfte entlassen, welche irgendwie entbehrlich sind. Aber wo bleiben sie ab? Sie vermehren zu künftig wieder das Heer der Arbeitslosen. Ist das gerecht, menschlich und korrekt? Auf der einen Seite findet die Entlassung statt, um Ersparnisse zu machen, und auf der anderen Seite muß Vater Staat doch, in Form von Unterstützungen, zahlen. Wer sind aber die am meisten zu Bedauernben? Die Entlassenen. Sie bekommen in Zukunft pro Tag einige Mark weniger und verlängern unfreiwillig ihre Ansprüche auf die Feuerungszulage. Wie kann auf solche Behandlungsweise der Friede und die Zufriedenheit im Innern Deutschlands aufrecht erhalten werden, die man bei den Schilanden des uns feindlichen Auslandes so nötig hat?!



Wirklich billig durch seine gute Qualität ist der Schuhputz Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun

Alleinverleher: Werner & Mertz, Mainz